

Die Vorsteher des Bürgerausschusses und der Stadtverordnetenversammlung in Kassel 1835-1995

**Bericht aus der Werkstatt des Forschungsvorhabens
„Bürgerrepräsentation und Stadtregierung in Kassel 1835-1896“**

(Forschungsstand 30. April 1995)

Jochen Lengemann

1.

**Einleitung: Zu den Anlässen des Forschungsvorhabens
„Bürgerrepräsentation und Stadtregierung in Kassel 1835-1996“**

Am 1. Januar 1835 trat im Kurfürstentum Hessen die *Gemeinde-Ordnung für die Städte und Landgemeinden vom 23. Oktober 1834*¹ in Kraft. Damit galt im Kurstaat erstmals ein gemeindeverfassungsrechtliches Grund-Gesetz, das für alle Typen und Traditionen kurhessischer Gemeinden von der Residenzstadt bis zum kleinsten Dorf und von den althessischen Kommunen bis zu den erst mit und nach dem Wiener Kongreß zum Kurfürstentum gekommenen Städten und Gemeinden eine einheitliche Kommunalverfassung schuf. In den ehemals kurhessischen Gebietsteilen der Provinz Hessen-Nassau sollte dies kurz als *Kurhessische Gemeindeordnung* (KGO) bezeichnete Gesetz Kurhessen mehr als dreißig Jahre überdauern und erst 1898 für die Städte durch die *Städteordnung für die Provinz Hessen-Nassau vom 4. August 1897*² ersetzt werden.

Die KGO galt im 19. Jahrhundert als eines der modernsten Kommunalverfassungs-Gesetze in Deutschland und führte mit dem *Gemeinde-Ausschuß* (in den Städten bald nur noch als *Bürgerausschuß* bezeichnet), dem Gemeinderat (in den Städten dem Stadtrat) und dem Gemeindevorstand (Bürgermeister bzw. in den großen Städten Oberbürgermeister) kommunale Verfassungsorgane ein, die weitestgehend den damals modernen Vorstellungen von der Organisation der letztlich allzuständigen Gemeinden und der Herstellung eines Gleichgewichts der von den liberalen Kräften geforderten und mit der KGO für Kurhessen verwirklichten Bürgerrepräsentation und dem als notwendig erachteten Stadtr Regiment in der gemeindlichen Selbstverwaltung entsprachen. Wenn auch die wahlrechtlichen Regelungen der KGO, z.B. die offene Stimmabgabe und die Notwendigkeit, die Hälfte der Bürgerausschußmitglieder aus den höher besteuerten Bürgern zu wählen, heutigen Vorstellungen für die Kreation von Körperschaften, die Bürger repräsentieren, nicht entspricht, so war doch mit dem Bürgerausschuß erstmals ein Organ geschaffen, das alle, die Gemeindebürger waren, mit gleichem Stimmgewicht wählten und das alle Bürger der Idee und dem Gesetz nach – de jure – repräsentierte, sich auch selbst de facto als Repräsentationsorgan für die Stadtbürgerschaft insgesamt begriff und damit in seiner Bedeutung die Organe der alten städtischen Ratsverfassung mit ihren „zu einem Schattenbild herabgesunkenen Gemeindebehörden[n]“¹ weit überstieg².

Mit dem jeweils auf fünf Jahre gewählten Bürgerausschuß, der für die Residenzstadt aus insgesamt 48 Mitgliedern bestand, wurde ein *Stadtparlament* im Geiste und in den Vorstellungen seiner Zeit geschaffen. Es bestand aus dem sog. *Ständigen Bürgerausschuß* von 24 Mitgliedern, der regelmäßig wenigstens einmal im Monat tagte, und dem *Außerordentlichen Bürgerausschuß*, der sich nicht gesondert als eigenes Organ versammelte, dessen ebenfalls 24 Mitglieder vielmehr bei besonders wichtigen Entscheidungen (z.B. bei der Wahl des Vorstehers und der Mitglieder des Stadtrats) – quasi zur Verbreiterung der Legitimationsbasis – gemeinsam mit dem Ständigen Bürgerausschuß als „Große Ausschußversammlung“ tagte. Im Februar 1835 wurde in Kassel wie im Laufe des Jahres in den anderen kurhessischen Gemeinden der gelegentlich auch einfach als „Ausschuß“ bezeichnete Bürgerausschuß erstmals gewählt – Anlaß genug, sich dieser Tatsache wenigstens *jetzt* – mit zehn Jahren Verspätung – zu erinnern, nachdem das 150-Jahr-Jubiläum 1985 sang- und klanglos vorübergegangen.

Mit der *Städteordnung für die Provinz Hessen-Nassau vom 4. August 1897*³ trat dann einheitlich für alle Städte der Provinz ein preußischen Traditionen entsprungenes Verfassungsmodell in Kraft, das in seinen im engeren Sinne verfassungsrechtlichen Bestimmungen wiederum so zeitgemäß und modern war, daß es in seinen Grundzügen bis in die Zeit der nationalsozialistischen Diktatur (und dann wieder ab 1946) in Geltung blieb. Es entsprach dem Modell der sog. unechten Magistratsverfassung mit den Organen *Stadtverordnetenversammlung* und Magistrat, dem neben dem ihm vorsitzenden Oberbürgermeister und den ehrenamtlichen Mitgliedern erstmals auch weitere hauptamtliche Mitglieder nach entsprechender Beschlußfassung der städtischen Organe angehören konnten. Entscheidendes Manko der neuen Kommunalverfassung war die schon im legislatorischen Prozeß von den kurhessischen Vertretern im gemeinsamen Provinziallandtag der Provinz Hessen-Nassau heftig beklagte Einführung des dem preußischen Landtagswahlrecht entsprechenden Dreiklassen-Wahlrechts für die Stadtverordneten in der ganzen Provinz, das erst mit der Reichs- und preußischen Gesetzgebung in der Folge der Revolution von 1918 beseitigt wurde⁴. Bis 1918 wurden die Stadtverordneten auf sechs Jahre gewählt, wobei alle zwei Jahre die Mitgliedschaft zu einem Drittel zu erneuern war; dies wurde ab 1919 durch das System der Gesamterneuerung der Vertretungskörperschaften ersetzt. Neben der Einführung des gleichen, des Frauen- und des Verhältnis-Wahlrechts brachte die preußische nachrevolutionäre Gesetzgebung von 1919 die Möglichkeit für Magistratsmitglieder, gleichzeitig Mitglied der Stadtverordnetenversammlung sein und/oder bleiben zu können, eine Neuerung, die sich nicht bewährte und wieder beseitigt wurde. Stadtverordnetenversammlung und Magistrat traten 1898 erstmals zusammen; hier steht also 1998 ein 100-Jahr-Jubiläum ins Haus.

Faktisches Ende der auf dem Prinzip der Bürgerrepräsentation beruhenden Kommunalverfassung brachte für Kassel die Selbstausschaltung der Stadtverordneten mit ihrem Beschluß vom 5. Juli 1933¹, der einen beschlußfassenden Ausschuß ihre eigene Mitwirkung ersetzen ließ; sie traten danach nicht mehr regelmäßig zu Sitzungen zusammen², wenngleich sie formal erst nach dem Inkrafttreten der 1. Verordnung vom 20. Dezember 1933 zum (preußischen) Gemeindeverfassungsgesetz vom 15. Dezember 1933³ an der Jahreswende 1933/1934 als Beratungs- und Beschluß-Organ verschwanden. An ihre

Stelle traten – zunächst noch auf Grund des (preußischen) Gemeindeverfassungsgesetzes, dann nach der sog. Deutschen Gemeindeordnung – *Ratsherren* genannte, nur im Zusammenwirken mit dem „Beauftragten der NSDAP“ – im Gau Kurhessen war das der Gauleiter – berufene Gemeinderäte, denen schon ganz formal keine Beschlußkompetenzen mehr zugestanden waren und die nur gelegentlich, eher aus Gründen der Propaganda oder der massenpsychologisch untermauerten Versuchs, Identität der Regierten mit den Regierenden herzustellen, unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters tagten⁴.

Waren die Jahre 1945/46 zunächst gerade auch im so schwer kriegszerstörten Kassel von solcher materieller Not geprägt, daß bei vielen der Bürger, die hier ausgeharrt hatten, der schiere Überlebenskampf existentiell war, so suchte doch der von den Amerikanern schon am 7. April 1945 zunächst zum kommissarischen Bürgermeister eingesetzte, wenig später mit dem Titel eines kommissarischen Oberbürgermeisters ausgestattete ehemalige DVP-Stadtverordnete und vorherige städtische Bürodirektor *Willy Seidel* Beratung und letztendlich auch Legitimierung für seine Entscheidungen durch einen sog. *Überparteilichen Ausschuß*, ein Gremium von Vertretern der Parteien, die sich ab Mai 1945 gebildet hatten¹¹. Bei aller sich dann nachträglich erweisenden breiten Unterstützung der schließlich zugelassenen vier Parteien¹² in den Wahlen des Jahres 1946 war der Ausschuß aber doch keine echte Repräsentationskörperschaft, allenfalls ein städtisches Vorparlament.

Den Anspruch, Repräsentationsorgan für die gesamte Bürgerschaft zu sein, konnte ab 1946 die am 26. Mai 1946 wieder nach den Grundsätzen der allgemeinen, freien, gleichen und direkten Wahl gewählte und am 5. Juli 1946 zusammengetretene neue *Stadtverordnetenversammlung* erheben, die nach den vorläufigen (groß-) hessischen kommunalverfassungsrechtlichen Regelungen in etwa die Rechte hatte, die der Vertretungskörperschaft der Bürger in Gemeinden mit sog. unechter Magistratsverfassung – wie in Kassel etwa von 1898 bis 1933 – zustanden. Dieses Organ besteht – bei z.T. erheblichen Neu-Normierungen des hessischen Kommunalverfassungsrechts insgesamt – als solches bis heute und damit als in freien Wahlen legitimierte Bürgerrepräsentation 1996 fünfzig Jahre. Damit ist ein dritter legitimer Anlaß zur Aufarbeitung der Geschichte der städtischen Selbstverwaltung und ihrer Verfassungsorgane gegeben.

2.

Bericht: Zur Quellenlage und zum Forschungsvorhaben „Bürgerrepräsentation und Stadtregierung in Kassel 1835 – 1996“

Mit Ausnahme eines bis zum Ende der Tätigkeit des gemeindeverfassungsrechtlichen Beschlußorgans Magistrat an der Jahreswende 1933/34 führenden Beschlußbuches¹³ sind alle bei der Stadt Kassel vor 1943 angefallenen Vorgänge zu den Verfassungsorganen der Stadt im Bombenhagel zerstört worden. Aus privaten Nachlässen sind im Stadtarchiv und in der Murhardschen Bibliothek der Stadt Kassel und Landesbibliothek – Bereichsbibliothek der Gesamthochschulbibliothek Kassel – für die Jahren 1925 bis 1933 einige wenige Protokoll-durchschriften der Stadtverordnetenversammlung überliefert². Für die Aufarbeitung der städtischen Geschichte muß deshalb auf andere Quellen zurückge-

griffen werden. Für die Wahl des Bürgerausschusses finden sie sich wegen der von der KGO geforderten sog. Gesetzmäßigerklärung seiner Wahl in den Akten der Kurfürstlichen Regierung (für die Provinz Niederhessen) zu Kassel und ihrer Nachfolgebehörde, der Königlich preußischen Regierung zu Kassel, später des Regierungspräsidenten; diese befinden sich im Hessischen Staatsarchiv Marburg¹⁵. Für die Wahl der Stadtverordnetenversammlung von 1898 bis 1933 gibt es derartige *Akten* nicht, da es hier staatlicher Mitwirkung bei der Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Wahl nicht bedurfte. Zur Rekonstruktion der gesamten städtischen Wahlgeschichte muß hier auf die Tageszeitungen von 1898 bis 1933 zurückgegriffen werden¹⁶. Über die Besetzung der Ratsherrenstellen in der NS-Zeit gibt es ebenfalls keine Akten; sie können einstweilen nur aus den Verwaltungsberichten – soweit veröffentlicht – und den Adreßbüchern ermittelt werden¹⁷. Die Zeit ab 1945/46 läßt sich in Aktenbeständen im Stadtarchiv Kassel, im Büro der Stadtverordnetenversammlung und im Einwohneramt der Stadt Kassel, Abt. Wahlen, für den Überparteilichen Ausschuß und die Stadtverordnetenversammlung (fast) vollständig aktenmäßig belegen.

Für den Stadtrat nach der KGO und den Magistrat nach der Städteordnung für die Provinz Hessen-Nassau finden sich für die Zeit, in der staatliche Bestätigung der Gewählten notwendig war und die entsprechenden Vorgänge sich nicht noch im Geschäftsgang beim Regierungspräsidenten in Kassel befanden, die staatlichen Akten zum größten Teil im Hessischen Staatsarchiv Marburg¹⁸; die Vorgänge besonderer kommunalpolitischer Kontorverse betreffenden Akten (z.B. Bestätigung und Amtsende des Oberbürgermeisters Philipp Scheidemann) fehlen dort jedoch und können nur aus Beständen im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz in Berlin-Dahlem rekonstruiert werden¹⁹. Zumindest für einige Zeiträume gilt auch hier, daß die ganze Geschichte des Magistrats sich ohne Einblicknahme in die Tageszeitungen, von denen es in der fraglichen Zeit mehrere und in sehr unterschiedlichen politischen Lagern angesiedelte gab, nicht wiederherstellen läßt. Für die Besetzung der kommunalen Chefbeamtenstellen in Kassel in den Jahren 1934–1945 muß wegen der Vereinigung des Reichs- und des preußischen Ministeriums des Innern in der NS-Zeit auf die Bestände des Bundesarchivs, Abteilungen in Potsdam, zurückgegriffen werden²⁰; die Bestände des ehemaligen Berlin Document Center, heute Bundesarchiv, Abteilung Zehlendorf, sind ergänzend für die Erforschung der Lebensläufe der Repräsentanten der damaligen Zeit von Bedeutung. Die Zeit ab 1945 ist für den Magistrat (fast) lückenlos durch Aktenbestände im Stadtarchiv oder im Hauptamt in Kassel nachvollziehbar zu dokumentieren.

Diese eigentlich als desolat, zumindest aber als höchst kompliziert zu bezeichnende Quellenlage fordert geradezu, vor einer detaillierten und bewertenden Darstellung der Stadtgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert quasi ein „Knochen“-Gerüst ihrer für sie handelnden Verfassungsorgane zu erstellen. Stadtverordnetenvorsteher *Wolfgang Frei* und die Verantwortlichen im Kuratorium der Sparkassen-Kulturstiftung Kassel haben diese Notwendigkeit, überhaupt erst Voraussetzungen für das Schreiben der Stadtgeschichte dieser inzwischen mehr als 150 Jahre wieder zu schaffen, gesehen und ihre Unterstützung dafür gegeben, daß unter dem Titel *Bürgerrepräsentation und Stadtregierung in Kassel 1835–1996* ein Handbuch für Bürgerausschuß, Stadtverordnetenversammlung, Stadtrat und Magistrat der Stadt Kassel in der Zeit repräsentativer

Gemeindeverfassung erarbeitet wird. Dieses Handbuch war auf zwei Bände anzulegen, um es benutzbar zu gestalten. Band 1 wird nach einer gemeindeverfassungsrechtlichen Einführung die Wahlen zu Bürgerausschuß und Stadtverordnetenversammlung – soweit wie möglich – dokumentieren, die Mitglieder von Bürgerausschuß und Stadtrat für die Jahre 1835 bis 1898 und für Stadtverordnetenversammlung und Magistrat von 1898 bis 1933 und 1946 bis 1996 sowie Ratsherren, Chefbeamte und Teilnehmer an den Sitzungen des Überparteilichen Ausschusses von 1934 bis 1946 einschließlich der Amtsträger in allen Verfassungsorganen der Stadt und ihre Wahl nach Wahlperioden erfassen; insgesamt handelt es sich dabei um mehrere tausend Personen, die so ihren jeweils mithandelnden Zeitgenossen tabellarisch gegenübergestellt und auch in einem alphabetischen Register vereint werden; dieser Band soll zur 50-Jahrfeier der wieder frei gewählten Stadtverordnetenversammlung zur Mitte des Jahres 1996 vorliegen. Band 2, der bis zur Hundertjahrfeier der Stadtverordnetenversammlung im April 1998 erarbeitet sein soll, wird den Gegebenheiten entsprechend durchaus unterscheidlich tief erforschte Biographien und – soweit auffindbar – möglichst auch Bilder der Mitglieder aller städtischen Verfassungsorgane ab 1835 bis heute umfassen.

Um den derzeitigen Forschungsstand¹ – insbesondere gerade aber die trotz aller jahrelangen Bemühungen noch vorhandenen Lücken bei den Biographien – anzudeuten, werden hier ein erster Kurzüberblick über die Wahlperioden des Stadtparlaments und die gegenwärtig vorliegenden Fakten zunächst zu den Biographien seiner Vorsteher mitgeteilt²¹. Diese fragmentarische Darstellung ist zugleich *Bitte und Aufforderung* an die Freunde der Kasseler Geschichte, dem Verfasser für die Bearbeitung des Handbuchs alle ihnen zusätzlich bekannten Fakten über die hier schon angezeigten Personen, alles, was ihnen zu Mitgliedern des Stadtparlaments und des Magistrats sonst bekannt ist, und möglichst auch Vorlagen für Porträts zu geben, damit sie im Handbuch berücksichtigt werden können; die pflegliche Behandlung und Rückgabe der Vorlagen wird zugesagt.

3.

Rekonstruktion: Übersicht über die Wahlperioden von Bürgerausschuß und Stadtverordnetenversammlung und über deren Vorstände 1835–1996²³

1. Bürgerausschuß 1835–1898

[1.] Wahlperiode 7.5.1835 – 6.5./29.6.1840

Wahlen vom 2. bis 23. Februar 1835

Vorsteher des BA²⁴: Dr. Karl Bernhardi ([CP, NL])²⁵

Stellv. Vorsteher des BA: Gustav Rommel

[2.] Wahlperiode 6. Mai /29. Juni 1840 – 17. September / ... 1845

Wahlen vom ... bis ... 1840

Vorsteher des BA: Ludwig Schwarzenberg ([Wh., CP])²⁶

Stellv. Vorsteher des BA: ²⁷

[3.] Wahlperiode 17. September / ... 1845 – 23. September / ... 1850

Wahlen vom 9. bis 19. Juni 1845

Vorsteher des BA: Ludwig Schwarzenberg ([Wh., CP])

Stellv. Vorsteher des BA: ²⁸

[4.] Wahlperiode 23. September / ... 1850 – März / 14. Januar 1852

Wahlen vom ... bis 19. September 1850

Vorsteher des BA: Ludwig Schwarzenberg ([Wh., CP])

Stellv. Vorsteher des BA: Dr. Carl Wilhelm Wippermann (?) ²⁹

Beendigung der Wahlperiode durch Auflösung des Bürgerausschusses mit Beschluß des Kfl. Ministeriums des Innern vom 3. Januar 1852³⁰, verlesen durch den Oberbürgermeister der Residenz in der Sitzung des Bürgerausschusses am 14. Januar 1852³¹.

[5.] Wahlperiode 5. April / ... 1852 – 10. / 13. Juli 1854

Wahl vom 8. bis 20. März 1852

Vorsteher des BA: Christian von Schlemmer

Stellv. Vorsteher des BA: ³²

Beendigung der Wahlperiode durch Beschluß des Kfl. Ministeriums des Innern vom 10. Juli 1854 (Nr. 4491) und Anordnung des Oberbürgermeisters zur Neuwahl des Gemeindeausschusses vom 13. Juli 1854³³.

[6.] Wahlperiode 5. Dezember 1855/7. Januar 1856 – 17. Juni / 8. Juli 1861

Eine Wahl wurde vom 18. bis 20. September 1854 durchgeführt; nach dem Bericht des Oberbürgermeisters an die Kfl. Regierung zu Kassel erreichte die Wahl wegen der Teilnahme von nur 586 von 2297 Wahlberechtigten kein „befriedigendes Ergebnis“; sie wurde deshalb nicht für gesetzmäßig erklärt³⁴.

Ein zweiter Versuch, die Wahl durchzuführen, fand vom 14. bis 16. Dezember 1854 statt; nach dem Bericht des Oberbürgermeisters an die Kfl. Regierung zu Kassel nahmen diesmal zwar genügend Wähler an der Wahl teil; kein Kandidat erreichte jedoch auch nur ein Viertel der Stimmen; die Wahl wurde deshalb erneut nicht für gesetzmäßig erklärt³⁵.

Eine dritte Wahl wurde vom 5. bis 7. Februar 1855 versucht; nach dem Bericht des Oberbürgermeisters an die Kfl. Regierung zu Kassel erreichte in keiner der sechs Wahlabteilungen ein Kandidat die geforderte absolute Mehrheit; die Wahl wurde deshalb wiederum nicht für gesetzmäßig erklärt³⁶.

Ein vierter Anlauf zu einer Wahl fand vom 12. bis 14. März 1855 statt; nach Anweisung der Kfl. Regierung zu Kassel an den Oberbürgermeister vom 8. März 1855 hatte dieser die Namen der Personen „mit den relativ meisten Stimmen“ öffentlich bekanntzumachen³⁷.

Nach Auswertung des Berichts der Residenz-Polizei-Direktion³⁸ über die zu Ausschußmitgliedern gewählten Personen vom 25. März 1852 wurde am 31. März 1855 die Gesetzmäßigerklärung der Wahl von der Kfl. Regierung zu Kassel versagt und diese Entscheidung am 20. Mai 1855 vom Kfl. Ministerium des Innern bestätigt³⁸.

Wahl am 16. bis 18.7.1855

Vorsteher des BA: Christian von Schlemmer bis 12. Juli 1860⁴⁰

Stellv. Vorsteher des BA:	Louis Jatho	bis ... 1860 ⁴¹
	Georg Zuschlag	ab 3. Februar 1860
(weiterer Stellvertreter:)	Christian Stück	ab 9. Juni 1860 ⁴²

[7.] Wahlperiode 17. Juni / 8. Juli 1861 – 18. Juni / 4. Juli 1864

Wahlen vom 3. bis 5.12.1860 und Ergänzungswahlen am 11. April 1861 wegen Doppel- und Minoritätswahlen

Vorsteher des BA:	Georg Zuschlag
Stellv. Vorsteher des BA:	Christian Stück

Die Wahlperiode kam wegen der Wiedereinführung der Rechtslage von vor 1851/53 am 18. Juni 1864 zu ihrem Ende⁴³.

[8.] Wahlperiode 18. Juni / 4. Juli 1864 – 20. August / 13. September 1868

Wahl vom 19. bis 31. Mai 1864

Vorsteher des BA:	Georg Zuschlag
Stellv. Vorsteher des BA:	Christian Stück bis ... 1866 ⁴⁴
	Dr. Hermann Weigel (NL) ⁴⁵
	ab ... 1866 ⁴⁶

[9.] Wahlperiode 20. August / 13. September 1869 – 15./18. Dezember 1874

Wahl am 2. bis 13. August 1869

Vorsteher des BA:	Georg Zuschlag
Stellv. Vorsteher des BA:	Dr. Hermann Weigel (NL)
	bis 7. Februar 1870 ⁴⁷
	Gustav Adolph Hupfeld (NL)
	ab 25. März 1870

[10.] Wahlperiode 15./18. Dezember 1874 – 2. Februar / ... 1880

Wahl vom 6. bis 17. August 1874

Vorsteher des BA:	Georg Zuschlag bis 18. Januar 1877 ⁴⁸
	Dr. Wilhelm Kolbe ab 31. Januar 1877
Stellv. Vorsteher des BA:	Dr. Wilhelm Kolbe bis 31. Januar 1877 ⁴⁹
	Dr. Hermann Jäckel ab 7. Februar 1877

[11.] Wahlperiode 2. Februar / ... 1880 – 1. Februar / ... 1885

Wahl am 17. bis 28.11.1879

Vorsteher des BA:	Dr. Wilhelm Kolbe bis 27. August / 6.9.1883 ⁵⁰
	Emil Herzog ab 6. September 1883
Stellv. Vorsteher des BA:	Friedrich Kochendörffer
	bis ... ⁵¹
	Emil Herzog ab ... bis 6. September 1883 ⁵²
	Dr. Friedrich Endemann (NL)
	ab 6. September 1883

[12.] Wahlperiode 1. / 4. Februar 1885 – ... / 3. Februar 1890

Wahl vom 8. bis 15. Dezember 1884

Vorsteher des BA: Gustav Adolph Hupfeld (NL)
Stellv. Vorsteher des BA: Dr. Friedrich Endemann (NL)

[13.] Wahlperiode ... / 3. Februar 1890 – 21. Februar 1895

Wahl vom 2. bis 9. Dezember 1889

Vorsteher des BA: Gustav Adolph Hupfeld (NL)
Stellv. Vorsteher des BA: Carl Pfeiffer

[14.] Wahlperiode 21. Februar 1895 – 31. März / 23. April 1898

Wahl vom 3. bis 15. Dezember 1894

Vorsteher des BA: Carl Pfeiffer
Stellv. Vorsteher des BA: Dr. Heinrich Schier (K)⁴

Vorzeitige Beendigung der Wahlperiode auf Grund § 96 Abs. 2 und 97 der Städtordnung für die Provinz Hessen-Nassau vom 4. August 1897.

2. Stadtverordnetenversammlung 1898-1933

[1.] Wahlperiode 1./23. März 1898 – 31. Dezember 1899

Wahlen im Wahlbezirk Alt-Kassel vom 1. bis 14. März und Nachwahlen dort vom 31. März bis 2. April 1898 und im Wahlbezirk Wehlheiden am 5. April 1899⁵⁴

Mitglieder zunächst 42, ab 1. April 1899 48⁵⁵

Alterspräsident: ⁵⁶
Stadtv.-Vorsteher: Carl Pfeiffer
Stellv. Stadtv.-Vorsteher: Julius Rieß
Schriftführer: Dr. Heinrich Schier (K)
Stellv. Schriftführer: Georg Rosenzweig

[2.] Wahlperiode 1. Januar 1900 – 31. Dezember 1901⁵⁷

Ergänzungs- und Ersatzwahlen in beiden Wahlbezirken ([Alt-] Kassel und Wehlheiden) vom 6. bis 13. November 1899 und Stichwahlen am 30. November 1899⁵⁸

Mitglieder insgesamt 48⁵⁹

Alterspräsident: Moritz von Lettow-Vorbeck
Stadtv.-Vorsteher: Carl Pfeiffer
Stellv. Stadtv.-Vorsteher: Julius Rieß bis Juni 1900⁶⁰
Dr. Heinrich Schier (K) ab 28. Juni 1900
Schriftführer: Dr. Heinrich Schier (K) bis 28. Juni 1900⁶¹
Georg Rosenzweig ab 28. Juni 1900
Stellv. Schriftführer: Georg Rosenzweig bis 28. Juni 1900⁶²
Nikolaus Stippich ab 28. Juni 1900

[3.] Wahlperiode 1. Januar 1902 – 31. März 1904⁶³

Ergänzungs- und Ersatzwahlen in beiden Wahlbezirken ([Alt-] Kassel und Wehlheiden) vom 11. bis 19. November 1901

Mitglieder insgesamt 48⁶⁴

Alterspräsident:	Moritz von Lettow-Vorbeck
Stadtv.-Vorsteher:	Carl Pfeiffer
Stellv. Stadtv.-Vorsteher:	Dr. Heinrich Schier (K)
Schriftführer:	Georg Rosenzweig
Stellv. Schriftführer:	Nikolaus Stippich

[4.] Wahlperiode 1. April 1904 – 31. März 1906

Ergänzungs- und Ersatzwahlen in beiden Wahlbezirken ([Alt-] Kassel und Wehlheiden) vom 22. bis 27. Februar 1904 und Stichwahlen vom 21. bis 25. März 1904

Mitglieder insgesamt 48⁶⁴

Alterspräsident:	Moritz von Lettow-Vorbeck
Stadtv.-Vorsteher:	Carl Pfeiffer
Stellv. Stadtv.-Vorsteher:	Dr. Heinrich Schier (K)
Schriftführer:	Georg Rosenzweig
Stellv. Schriftführer:	Nikolaus Stippich

[5.] Wahlperiode 1. April 1906 - 31. März 1908

Ergänzungs- und Ersatzwahlen in den Wahlbezirken Alt-Kassel und Wehlheiden vom 21. bis 27. Februar 1906 und Stichwahlen am 20. März 1906 sowie Ergänzungswahlen in den Wahlbezirken Bettenhausen, Kirchditmold, Rothen- ditmold und Wahlershausen am 18. April 1906, Stichwahlen dazu am 7. Mai 1906 und Nachwahlen im Wahlbezirk Wahlershausen am 29. Mai 1906 und 7. Juni 1906 und Ergänzungswahl in allen vier 1906 eingemeindeten Vororten sowie Ersatzwahl im Wahlbezirk Wahlershausen am 18. März 1907.

Mitglieder de jure ab 1. April 1906: 60; zunächst faktisch nur 48⁶⁶

Alterspräsident:	Michael Pulvermacher
Stadtv.-Vorsteher:	Carl Pfeiffer
Stellv. Stadtv.-Vorsteher:	Dr. Heinrich Schier (K)
Schriftführer:	Georg Rosenzweig
Stellv. Schriftführer:	Nikolaus Stippich

[6.] Wahlperiode 1. April 1908 - 31. März 1910

Ergänzungs- und Ersatzwahlen vom 17. bis 25. Februar 1908 und in den 1906 eingemeindeten Vororten am 16. Februar 1909

Mitglieder insgesamt 60⁶⁷

Alterspräsident:	Theodor Mende	
Stadtv.-Vorsteher:	Carl Pfeiffer	
Stellv. Stadtv.-Vorsteher:	Dr. Heinrich Schier (K)	
Schriftführer:	Georg Rosenzweig	
Stellv. Schriftführer:	Nikolaus Stippich	bis 4. November 1909 ⁶⁸
	Fritz Scheel (NL)	ab 4. November 1909

[7.] Wahlperiode 1. April 1910 – 31. März 1912

Ergänzungs- und Ersatzwahlen vom 14. bis 21. Februar 1910 und Ergänzungswahlen in den 1906 eingemeindeten Vororten am 17. Februar 1911

Mitglieder insgesamt 54⁶⁹

Alterspräsident:	Heinrich Schiebeler	
Stadtv.-Vorsteher:	Carl Pfeiffer	bis 9. Januar 1912 (?) ⁷⁰
	Dr. Heinrich Schier (K)	ab 8.2.1912
Stellv. Stadtv.-Vorsteher:	Dr. Heinrich Schier (K)	bis 8.2.1912 ⁷¹
	Dr. Eduard Harnier (NL, [DDP])	ab 22.2.1912
Schriftführer:	Georg Rosenzweig	
Stellv. Schriftführer:	Fritz Scheel (NL, [DDP])	

[8.] Wahlperiode 1. April 1912 – 31. März 1914

Ergänzungs- und Ersatzwahlen vom 12. bis 22. Februar 1912 und in den 1906 eingemeindeten Vororten am 13. Februar 1913

Mitglieder insgesamt 54⁷²

Alterspräsident:	Michael Pulvermacher	
Stadtv.-Vorsteher:	Dr. Heinrich Schier (K)	
Stellv. Stadtv.-Vorsteher:	Dr. Eduard Harnier (NL, [DDP])	
Schriftführer:	Georg Rosenzweig	
Stellv. Schriftführer:	Fritz Scheel (NL, [DDP])	bis 4. Dezember 1913 ⁷³
	Otto Hoffmann ([DDP])	ab 4. Dezember 1913

[9.] Wahlperiode 1. März 1914 – 31. März 1916

Ergänzungs- und Ersatzwahlen vom 9. bis ... Februar 1914, Stichwahlen am 9. und 10. März 1914 und Ergänzungswahlen in den 1906 eingemeindeten Vororten am 11. Februar 1915

Mitglieder insgesamt 54⁷⁴

Alterspräsident:	Wilhelm Stern	
Stadtv.-Vorsteher:	Dr. Heinrich Schier (K)	
Stellv. Stadtv.-Vorsteher:	Dr. Eduard Harnier (NL, [DDP])	
Schriftführer:	Georg Rosenzweig	
Stellv. Schriftführer:	Otto Hoffmann ([DDP])	

[10.] Wahlperiode 1. April 1916 – 24. Januar / 2. März 1919⁷⁵

Ergänzungs- und Ersatzwahlen vom 23. bis 25. Februar 1916 und Ergänzungswahlen für die ganze Stadt einschließlich der 1906 eingemeindeten Vororte gemeinsam am 26. und 27. Februar 1917

Mitglieder insgesamt zunächst noch 54, ab 1. April 1917: 48⁷⁶

Alterspräsident:	⁷⁷	
Stadtv.-Vorsteher:	Dr. Heinrich Schier (K)	bis 1. September 1918 ⁷⁸
	Dr. Eduard Harnier (NL, [DDP])	ab 23. September 1918

Stellv. Stadtv.-Vorsteher: Dr. Eduard Harnier (NL, [DDP])
 bis 23. September 1918⁷⁹
 Lorenz Wieber ([CVP])
 ab 23. September 1918

Schriftführer: Georg Rosenzweig
 bis 27. September 1917⁸⁰
 Otto Hoffmann ([DDP])
 ab 18. Oktober 1917

Stellv. Schriftführer: Otto Hoffmann ([DDP])
 bis 18. Oktober 1917⁸¹
 Wilhelm Nagell
 ab 18. Oktober 1917

[11. (1.)] Wahlperiode 1919 – 1924

Wahl am 2. März 1919

Mitglieder: 72; davon entfielen auf den Wahlvorschlag Brill (DNVP) neun, auf den Wahlvorschlag Hauschildt (SPD) 37, auf den Wahlvorschlag Hebel (DVP) zwei, auf den Wahlvorschlag Stein (DDP) 20, auf den Wahlvorschlag Walpert (Bodenreformer) ein und auf die Wahlvorschlag Wieber (CVP) drei Sitze⁸².

Alterspräsident: Heinrich Huhn (SPD)
 am 24. März 1919
 Julie von Kästner (DDP)
 am 11. März 1921

Stadtverordentenvorsteher: Albert Grzesinski (SPD)

(1.) Stellv. Stv.-Vorsteher: Dr. Eduard Harnier (DDP)
 bis ... 1920⁸³
 Carl Müller (DDP)
 ab 10. Mai 1920 bis ... 1922⁸⁴
 Karl Schnell (DDP)
 ab 24. April 1922

(2.) Stellv. Stv.-Vorsteher: Friedrich Geck (DNVP)
 ab 5. Januar 1920

1. Schriftführer: Heinrich Bechmann (SPD)

2. Schriftführer: Carl Müller (DDP)
 bis 10. Mai 1920⁸⁵
 Julie von Kästner (DDP)
 ab 10. Mai 1920

[12. (2.)] Wahlperiode 1924 – 1929

Wahl am 4. Mai 1924

Mitglieder: 55; davon entfielen auf die Zentrumspartei (Z) zwei, auf die Vereinigte Sozialdemokratische Partei (SPD) 19, auf die Deutsche Volkspartei (DVP) neun, auf die Kommunistische Partei (KPD) drei, auf den Völkisch-Sozialen Block (VSB) vier, auf die Deutschnationale Volkspartei (DNVP) 13 und die Deutsche Demokratische Partei (DDP) fünf Sitze⁸⁶.

Alterspräsident:	Otto Hebel (DVP) am 2. Juni 1924 Carl Wilhelm Schmidt (DNVP) am 17. Mai 1926 und am 26. November 1928
Stadtverordnetenvorsteher:	Friedrich Geck (DNVP) bis 17. Mai 1926 ⁸⁷ Karl Schäfer (SPD) vom 17. Mai 1926 bis 26. November 1928 ⁸⁸ Paul Haupt (SPD) ab 26. November 1928
1. Stellv. Stv.-Vorsteher:	Georg Gonnermann (DVP) bis 17. Mai 1926 ⁸⁹ Friedrich Geck (DNVP) ab 17. Mai 1926
2. Stellv. Stv.-Vorsteher:	Dr. Paul Möhring (DNVP) bis 17. Mai 1926 ⁹⁰ Georg Gonnermann (DVP) vom 17. Mai 1926 bis 16. April 1928 (?) ⁹¹ Georg Schomburg (DVP) ab 26. November 1928
1. Schriftführer:	Willi Seidel (DVP) bis 17. Mai 1926 ⁹² Hans Bechmann (SPD) ab 17. Mai 1926 bis ... ⁹³ Oswald Göppfahrt (SPD) ab ... 1926
2. Schriftführer:	Hermann Eckhardt (DDP) bis 17. Mai 1926 ⁹⁴ Dr. Paul Möhring (DNVP) ab 17. Mai 1926

[13. (3.)] Wahlperiode 1929 – 1933

Wahl am 17. November 1929

Mitglieder: 56; davon entfielen auf die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) 21, auf die Zentrumspartei (Z) zwei, auf die Deutsche Demokratische Partei (DDP) drei, auf die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) vier, auf den Christlichen Volksdienst (CVD) drei, die Deutsche Volkspartei (DVP) acht, die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter-Partei (Hitler-Bewegung) (NSDAP) vier, auf die Reichspartei des deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei) (WP) drei und auf die Deutschnationale Volkspartei (DNVP) acht Sitze⁹⁵.

Alterspräsident:	Friedrich Geck (DNVP)
Stadtverordnetenvorsteher:	Friedrich Hofacker (SPD)
1. Stellv. Stv.-Vorsteher:	Dr. Wilhelm Hartmann (DVP)

2. Stellv. Stv.-Vorsteher: Heinrich Waldschmidt (DNVP)
 1. Schriftführer: Oswald Göppfarth (SPD)
 bis 3. März 1930 (?)⁹⁶
 Emil Wiebach (SPD)
 ab ... 1930 (?) bis 10. Juli 1931⁹⁷
 Curt Adlung (SPD) ab ... 1931
 2. Schriftführer: Heinrich Eckhardt (DDP)

4. Wahlperiode 12. März – 31. Dezember 1933

Wahl am 12. März 1933

Mitglieder: 56; davon entfielen auf die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) 27, auf die Kampffront Schwarz-weiß-rot (SWR) sechs, den Christliche-Sozialen Volksdienst (CSVD) ein, auf die Zentrumspar-
 tei (Z) zwei, die Sozialdemokratische Partei (SPD) 16⁹⁸ und die Kommunisti-
 sche Partei (KPD) vier Sitze^{99, 100}.

- Stadtverordnetenvorsteher¹⁰¹: Fritz Lengemann, (NSDAP)
 1. Stellv. Stv.-Vorsteher: Hellmut Friedrichs (NSDAP)
 2. Stellv. Stv. Vorsteher: Dr. Wilhelm Hartmann (SWR/
 ab Mai 1933: NSDAP)
 1. Schriftführer: Wilhelm Brühmann (NSDAP)
 2. Schriftführer: Karl Reuße (SWR)

Auflösung der städtischen Körperschaften als Beschlußorgane mit Ablauf
 des 31. Dezember 1934 wegen des Inkrafttretens des (preußischen) Gemeinde-
 verfassungsgesetzes vom 15. Dezember 1933¹⁰² am 1. Januar 1934¹⁰³.

3. Gemeinderäte (Ratsherren) 1934 – 1945

1. Berufungsperiode1934 – 3. Oktober 1935¹⁰⁴

Zahl: 22¹⁰⁵

Vorsitzender¹⁰⁶: Oberbürgermeister Gustaf Lahmeyer (NSDAP)

2. Berufungsperiode 3. Oktober 1935 – 2. Oktober 1941 (5. April 1945 ?)¹⁰⁷

Zahl: 22; ab 1. Juni 1939: 27¹⁰⁸

Vorsitzender¹⁰⁹: Oberbürgermeister Gustaf Lahmeyer (NSDAP)¹¹⁰

4. Überparteilicher Ausschuß¹¹¹ 1945 – 1946

Sitzungen vom (24. Juli/) 21. August 1945¹¹² bis ... 1946

Die Teilnehmer wurden von den Parteien SPD, KPD, CDU und „Demo-
 kraten“ entsandt; offenbar konnte jede Partei bis zu drei stimmberechtigte
 Vertreter entsenden¹¹³.

- Vorsitzender: Christian Wittrock (SPD)¹¹⁴
 Stellvertretender
 Vorsitzender: Willi Warlich (CDU) ab 29. November 1945¹¹⁵

5. Stadtverordnetenversammlung 1946 – 1995

1. Wahlperiode 26. Mai / 5. Juli 1946 – 28. Mai 1948

Wahl am 26. Mai 1946

Mitglieder 60; davon entfielen auf die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) 40 und auf die Christlich-Demokratische Union 20 Sitze¹¹⁶

Alterspräsident: Paul Nagel (SPD)
Stadtverordnetenvorsteher: Christian Wittrock (SPD)
Stellv.
Stadtverordnetenvorsteher: Heinrich Köllstadt (CDU)
1. Schriftführer: Curt Adlung (SPD)
2. Schriftführer: Georg Lange (CDU)

2. Wahlperiode 28. Mai 1948 – 4. Mai 1952

Wahl am 25. April 1948

Mitglieder 60, nach dem 3. Juni 1950 wegen Erschöpfung eines Wahlvorschlags 59¹¹⁷; von den ursprünglich 60 Sitzen entfielen auf die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) 24, auf die Christlich-Demokratische Union (CDU) acht, auf die Liberal-Demokratische Partei (LDP) 18 und auf die Kommunistische Partei (KPD) und den Deutschen Block (DB) je fünf Sitze¹¹⁸.

Sprecher für die Wahl des
Stadtverordnetenvorstehers¹¹⁹: Fritz Legatis (SPD)
Stadtverordnetenvorsteher: Christian Wittrock (SPD)
1. Stellv.
Stadtverordnetenvorsteher: Hans Pausewang (LDP) bis 24. Juli 1950¹²⁰
Dr. Bastian Pechmann (LDP)
ab 31. Juli 1950
2. Stellv.
Stadtverordnetenvorsteher: Johannes Petry (CDU)
1. Schriftführer: Curt Adlung (SPD) bis 3. Januar 1949¹²¹
Joachim Boczkowski (SPD)
ab 3. Januar 1949
Jean Meth (SPD) am 25. August 1950¹²²
2. Schriftführer: Wilhelm Bechmann (LDP)

3. Wahlperiode 5. Mai 1952 – 31. Oktober 1956

Wahl am 4. Mai 1952

Mitglieder 60; davon entfielen auf die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) 28, auf die Freie Demokratische Partei 18, auf die Christlich-Demokratische Union (CDU) sieben, auf den Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE) vier und die Parteifreie Wählergemeinschaft (PWG) drei Sitze^{123, 124}.

Alterspräsident: Karl Dietrich (CDU)
Stadtverordnetenvorsteher: Christian Wittrock (SPD)
Stellv. Stadtverordnetenvorsteher: Franz Behrens (FDP)
Stellv. Stadtverordnetenvorsteher: Eduard Trabert (CDU)

Schriftführer: Joachim Boczkowski (SPD)
Schriftführer: Heinrich Pfennig (FDP)

4. Wahlperiode 1. November 1956 – 31. Oktober 1960

Wahl am 28. Oktober 1956

Mitglieder 60; davon entfielen auf die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) 35, auf die Christlich-Demokratische Union (CDU) elf, auf die Freie Demokratische Partei (FDP) acht und auf die Freie Volkspartei (FVP) sechs Sitze¹²⁵.

Alterspräsident: Karl Dietrich (CDU)
Stadtverordnetenvorsteher: Rudolf Freidhof (SPD)
Stellv. Stadtverordnetenvorsteher: Eduard Trabert (CDU)
Stellv. Stadtverordnetenvorsteher: Dr.-Ing. Kurt Riedler (FDP)
Schriftführer: Joachim Boczkowski (SPD)
Schriftführer: Heinz Ludwig (FVP)

5. Wahlperiode 1. November 1960 – 31. Oktober 1964

Wahl am 23. Oktober 1960

Mitglieder 60; davon entfielen auf die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) 35, auf die Christlich-Demokratische Union (CDU) 16 und auf die Freie Demokratische Partei (FDP) neun Sitze¹²⁶.

Alterspräsident: Karl Dietrich (CDU)
Stadtverordnetenvorsteher: Rudolf Freidhof (SPD)
Stellv.
Stadtverordnetenvorsteher: Joachim Boczkowski (SPD)
Helmut Schweitzer (SPD)
Hermann Dette (CDU)
Carl Werner (FDP) bis 22. September 1962¹²⁷
Heinrich Cornelius (FDP) ab 19. November 1962

6. Wahlperiode 1. November 1964 – 31. Oktober 1968

Wahl am 25. Oktober 1964

Mitglieder 61; davon entfielen auf die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) 37, auf die Christlich-Demokratische Union (CDU) 17 und auf die Freie Demokratische Partei (FDP) sieben Sitze¹²⁸.

Alterspräsident: Heinrich Cornelius (FDP)
Stadtverordnetenvorsteher: Joachim Boczkowski (SPD)
Stellv.
Stadtverordnetenvorsteher: Helmut Schweitzer (SPD)
bis 11. September 1967¹²⁹
Willi Warnke (SPD) ab 18. September 1967
Hermann Dette (CDU)
Heinz Ständer (SPD)
Heinrich Cornelius (FDP)

7. Wahlperiode 1. November 1968 – 31. Oktober 1972

Wahl am 20. Oktober 1968

Mitglieder 61; davon entfielen auf die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) 36, auf die Christlich-Demokratische Union (CDU) 18 und auf die Freie Demokratische Partei (FDP) sieben Sitze¹³⁰.

Alterspräsident: Reinhold Bergt (CDU)
Stadtverordnetenvorsteher: Gerhard Kleinschmidt (SPD)
bis 7. Dezember 1970¹³¹
Helmut Röse (SPD) ab 7. Dezember 1970

Stellv.

Stadtverordnetenvorsteher: Willi Warnke (SPD)
Reinhold Bergt (CDU)
Helene Luci (SPD)
Dr. Wolfgang Ziegler (FDP)

8. Wahlperiode 1. November 1972 – 31. März 1977

Wahl am 22. Oktober 1972

Mitglieder 71; davon entfielen auf die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) 41, auf die Christlich-Demokratische Union Deutschlands (CDU) 24 und auf die Freie Demokratische Partei (F.D.P.) sechs Sitze¹³².

Alterspräsident: Leonhard Maßmann (SPD)
Stadtverordnetenvorsteher: Helmut Röse (SPD)
Stellv. Stadtverordnetenvorsteher: Helmut Kerl (SPD)
Aloys Zumbrägel (CDU)
Helene Luci (SPD)
Dr. Wolfgang Ziegler (FDP)

9. Wahlperiode 1. April 1977 – 31. März 1981

Wahl am 20. März 1977

Mitglieder 71; davon entfielen auf die Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU) 31, auf die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) 36 und auf die Freie Demokratische Partei (F.D.P.) vier Sitze¹³³.

Alterspräsident: Walter Kirchberg (CDU)
Stadtverordnetenvorsteher: Helmut Röse (SPD) bis 19. Februar 1979¹³⁴
Günter Kestner (SPD) ab 19. Februar 1979

Stellv.

Stadtverordnetenvorsteher: Aloys Zumbrägel (CDU)
Günter Kestner (SPD) bis 19. Februar 1979¹³⁵
Hans Becker (SPD) ab 26. März 1979
Ruth Selbert (SPD)
Christine Kutsche (-Häfner) (CDU)
bis 31. August 1980¹³⁶
Hans-Otto Bäumer (CDU) ab 15. September 1980

10. Wahlperiode 1. April 1981 – 31. März 1985

Wahl am 22. März 1981

Mitglieder 71; davon entfielen auf die Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU) 30, auf die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) 32, auf die Freie Demokratische Partei (F.D.P.) vier und auf DIE GRÜNEN (GRÜNE) fünf Sitze¹³⁷.

Alterspräsident:	Dr. Wolfgang Ziegler (F.D.P.)
Stadtverordnetenvorsteher:	Günter Kestner (SPD)
Stellv. Stadtverordnetenvorsteher:	Hans Becker (SPD)
	Ruth Selbert (SPD)
	Aloys Zumbrägel (CDU)
	Hans-Otto Bäumer (CDU)

11. Wahlperiode 1. April 1985 – 31. März 1989

Wahl am 10. März 1985

Mitglieder 71; davon entfielen auf die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) 37, auf die Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU) 24, auf die Freie Demokratische Partei (F.D.P.) vier und auf DIE GRÜNEN (GRÜNE) sechs Sitze¹³⁸.

Alterspräsident:	Albert Nowack (SPD)
Stadtverordnetenvorsteher:	Günter Kestner (SPD)
Stellv. Stadtverordnetenvorsteher ¹³⁹ :	Hans Becker (SPD)
	Fritz Kistner (SPD)
	Renate Sedlmayer (SPD) ab 6. Mai 1985
	Aloys Zumbrägel (CDU)
	[Hans-Otto Bäumer (CDU) bis 6. Mai 1985]

12. Wahlperiode 1. April 1989 – 31. März 1993

Wahl am 12. März 1989

Mitglieder 71; davon entfielen auf die Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU) 21, auf die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) 36, auf DIE GRÜNEN (GRÜNE) neun und auf die Freie Demokratische Partei F.D.P.) fünf Sitze¹⁴⁰.

Alterspräsident:	Max Binder (CDU)
Stadtverordnetenvorsteher:	Günter Kestner (SPD)
Stellv. Stadtverordnetenvorsteher:	Renate Sedlmayer (SPD)
	Fritz Kistner (SPD)
	Brigitte Pinno (SPD)
	Aloys Zumbrägel (CDU)

13. Wahlperiode 1. April 1993 – [voraussichtlich] 31. März 1997

Wahl am 7. März 1993

Mitglieder 71, nach Erschöpfung des Wahlvorschlags DIE REPUBLIKANER ab ... 1994 70¹⁴¹; davon entfallen auf die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) 22, auf die Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU) 28, auf DIE GRÜNEN (GRÜNE)⁷⁸ elf Sitze, auf die Freie Demokratische Partei (F.D.P.) sechs und auf DIE REPUBLIKANER (REP) vier Sitze¹⁴².

Alterspräsident:	Ernst Bohnhardt (CDU) ¹⁴³
Stadtverordnetenvorsteher:	Wolfgang Frei (CDU)
Stellv. Stadtverordnetenvorsteher:	Hans-Otto Bäumer (CDU)
	Doralies Schrader (CDU)
	Günter Kestner (SPD)
	Gisela Wiegand (GRÜ)

4.

Einstweilen noch Fragmente:

Die Kurzbiographien der Vorsteher des Bürgerausschusses und der Stadtverordnetenversammlung 1835 – 1995⁸¹

Dr. theol. Dr. phil. h.c. Bernhardi, Carl Christian Sigismund (CP, NL)

Geb. 9. Oktober 1799 Ottrau, gest. 1. August 1874 Kassel; ev.-ref. VATER: Johann Christian Arnold Bernhardi, Metropolitan. MUTTER: Sabine Marie Claudi. EHESCHLIESSUNG: ... April 1838 in Kassel, Freiheiter Gemeinde mit Ida Mathilde Therese Engelhard (... 1811 Kassel – ...), Tochter des Staatsrats-Advokaten und Assessors am Kriminalgericht Wilhelm Gotthelf Engelhardt.

Hausunterricht durch seinen Vater. 1816 – 1819 Studium der Theologie und der Philologie in Marburg an der Lahn; 1816 Mitglied des Corps Hassonia, später der Burschenschaft Germania; 1818 Mitbegründer der Allgemeinen Deutschen Burschenschaft; 1819 theologisches Examen in Marburg. 1819 – 1823 Privatlehrer beim Gouverneur von Süd-Brabant, Graf Bylandt, in Brüssel. 1823 – 1826 Studium der Philologie in Löwen; 1826 dort Promotion zum Dr. phil. 1826 – 1829 Bibliothekar an der Universitätsbibliothek in Löwen. 1827 Dr. theol. h. c. der Universität Marburg wegen der Schrift *Commentatio de caussis, quibus effectum sit, ut regnum Judae diutius persisteret, quam regnum Israel, praemio ornata. Cum tabula geogr. Lovanii 1825.* 1829 (1830) – 1874 (als Nachfolger Jacob Grimms) zunächst Zweiter, ab 1859 Erster Bibliothekar an der Landesbibliothek in Kassel; 1830 – 1841 kurhessischer Zensor; seit 1867 praktisch in der Bibliothek nicht mehr tätig.

1831 Mitbegründer von „Der Verfassungsfreund. Eine Zeitschrift für Staats- und Volksleben“; zeitweilig dessen Redakteur, 1833 nach erneuter Verschärfung der Zensur in Kurhessen Rückzug aus der Redaktion. – 1834 Mitbegründer des Vereins für hessische Geschichte und Landeskunde; 26. Januar 1835-21. Januar 1859 stellvertretender Vorsitzender, 21. Januar 1859-1. August 1874 Vorsitzender des Hauptvorstandes. – 1834 Gründer der „Anstalt zur Erziehung armer und verwahrloster Knaben“ in Kassel. – 1845 – 1846 Herausgeber des „Kirchenfreund“, einer Wochenschrift zur Förderung des kirchlichen Lebens.

– Galt 1848 – wie auch Schwarzenberg – als „Konstitutioneller“. – 1848 Mitbegründer und Herausgeber der „Flugblätter aus der Nationalversammlung“. – Autor einer Vielzahl historischer und sprachwissenschaftlicher Abhandlungen.

Ehrenbürger der Stadt Kassel (3. August 1859).

Mitglied der Vorsynode der Evangelischen Kirche Hessen-Kassel von 1869 bis 1870.

1833 zweimal zum Mitglied der Kurhessischen Ständeversammlung gewählt (WK der Städte des Diemelstroms); Wahl von der Regierung angefochten; Juni 1833 Verzicht auf die Wahl. – Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses vom .../15. November 1867 bis Oktober 1868 (WK Kassel 8 [Homberg, Ziegenhain]; NL).

Mitglied der Deutschen Nationalversammlung vom 18. Mai 1848 bis 30. Mai 1849 (WK Kurhessen 2 [Eschwege, Schmalkalden]; CP)⁸². – Mitglied des Reichstags des Norddeutschen Bundes vom 31. August / 10. September 1867 bis 1. Februar 1870 (WK Kassel 3 [Fritzlar, Homberg, Ziegenhain]; NL).

Mitglied des Ständigen Bürgerausschusses vom 7. Juni 1835 bis 29. Juni 1840⁸³. – Vorsteher vom 13. Juni 1835 bis 29. Juni 1840.

Quellen: STADT KASSEL, Einwohnermeldekartei und Sammelmappe S 1 Nr. 389 Bernhardi, Karl; BERNERT, HELMUT: Die wissenschaftlich tätigen Bibliotheksbediensteten 1580–1957. In: KAHLFUSS, HANS-JÜRGEN (Hrsg.): Ex Bibliotheca Cassellana. 400 Jahre Landesbibliothek. Kassel 1980, S. 65–102, joer 83 f.; [BERNHARDI, KARL: Selbstbiographie.] In: GERLAND, OTTO (Hrsg.): Grundlage zu einer Hessischen Gelehrten-, Schriftsteller und Künstler-Geschichte von 1831 bis auf die neueste Zeit. Band 1. Kassel 1863, S. 7–36; BROZINSKI, HARTMUT: Ex Bibliotheca Cassellana. In: KAHLFUSS S. 103–245, hier S. 122–125, 158–165, 189–192 (hier auch Verzeichnis seiner wesentlichsten Schriften); HAUNFELDER, BERND, und KLAUS ERICH POLLMANN (Bearb.): Reichstag des Norddeutschen Bundes 1867–1870. Historische Photographien und biographisches Handbuch. Düsseldorf 1989, S. 67, 376 f.; KAHLFUSS, HANS-JÜRGEN: Der Verein für hessische Geschichte und Landeskunde e.V. Kassel, gegründet 1834. Gründungsabsichten und Profil. In: ZHG Bd. 98 (1993), S. 11–38, hier S. 24; KALKOFF, HERMANN (Hrsg.): Nationalliberale Parlamentarier 1867–1917 des Reichstags und der Einzellandtag. Berlin 1917, S. 58, 173; KOCH, RAINER (Hrsg.): Die Frankfurter Nationalversammlung 1848/49. Ein Handbuch der Abgeordneten der deutschen verfassungsgebenden Reichs-Versammlung. Kelkheim 1989, S. 86; LOSCH, PHILIPP: Die Abgeordneten der Kurhessischen Ständeversammlungen von 1830 bis 1866. Marburg 1909, S. 5, 14; MANN, BERNHARD (Bearb.): Handbuch für das Preussische Abgeordnetenhaus. (Handbücher zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 3). Düsseldorf 1988, S. 127; SCHWARZ, MAX: MdR. Biographisches Handbuch der deutschen Reichstage. Hannover 1965 S. 39, 47, 194, 267; SEIER, HELLMUT, (Hrsg. und Bearb.) und EWALD GROTHE (Bearb.): Akten und Briefe aus den Anfängen der kurhessischen Verfassungszeit 1830–1837. (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Hessen 48, 4; Vorgeschichte und Geschichte des Parlamentarismus in Hessen 8). Marburg 1992, S. LIII, 183, 226, 229, 235; THIELE, Bd. 1, S. 92, und Bd. 5, S. 382.

Boczkowski, Joachim Karl Wilhelm, SPD

Geb. 24. Juli 1899 Kassel, gest. 27. September 1973 Kassel; evang. VATER: Joachim Boczkowski, Korkschneider. MUTTER: Elisabeth Karpe. EHE-SCHLIESSUNG: 13. April 1938 in ... mit Charlotte Ascher (geb. 13. Dezember 1907 Altona, lebt in Kassel), Tochter

Bürgerschule. 1914 kaufmännische Lehre. Angestellter in der freien Wirtschaft. 1927 – 1933 Sekretär des Verbandes der Orts- Betriebs- und Innungskrankenkassen in Kassel. 1933 von den Nationalsozialisten aus rassistischen und politischen Gründen aus allen Ämtern entfernt. 1936 Teilhabe am väterlichen Betrieb. 1944 – 1945 Gefangener im Arbeitslager Bähr. 1946 Erster Öffentli-

cher Kläger der Berufungs- und Spruchkammer in Kassel. 1949 Leiter der Beschwerdestelle in Wohnungsangelegenheiten beim Regierungspräsidenten in Kassel; Regierungsrat. Vorsitzender einer Kammer beim Oberversicherungsamt für den Regierungsbezirk Kassel. 1954–1964 Direktor des Sozialgerichts Kassel. 18. November 1968 – 4. Dezember 1972 ehrenamtlicher Stadtrat in Kassel.

1918 Mitglied der SPD und der Gewerkschaft. – Mitglied der Volksbühne e.V. in Kassel, jahrelang deren Vorsitzender.

Stadttältester (1972).

Stadtverordneter vom 26. Mai / 5. Juli 1946 bis 28. Mai 1948 und vom 3. Januar 1949 bis 31. Oktober 1968 (SPD). – 1. Schriftführer bzw. Schriftführer bzw. Stellvertretender Vorsteher vom 3. Januar 1949 bis 31. Oktober 1964. – Vorsteher vom 16. November 1964 bis 31. Oktober 1968.

Quellen: STADT KASSEL, Einwohnermeldekartei und Sammelmappe S 1 Nr. 300, Boczkowki, Joachim; HECKWOL, PETER und KARL NEUBAUER (unter Leitung von FRANK-ROLAND KLAUBE): Kasseler Stadtverordnete der I. bis X. Wahlperiode (1946–1985). Lebendaten. MS Kassel 1990, S. 16; HERMSDORFF, WOLFGANG: An der Spitze des Stadtparlaments. (Blick zurück 1249). In: HESSISCHE ALLGEMEINE, 24. September 1988 (fortan zitiert als HERSDORFF Nr. 1249); WANNAGAT, GEORG (Hrsg., diverse Autoren und Bearbeiter): Kassel als Stadt der Juristen (Juristinnen) und der Gerichte in ihrer tausendjährigen Geschichte. Köln, Berlin, Bonn, München 1990, S. 276, 384.

Frei, Wolfgang Josef, CDU

Geb. 26. Mai 1931 Fulda, lebt in Kassel; kath. VATER: Dr. phil. Richard Frei, Oberstudiendirektor. MUTTER: Annemarie Stahl. EHESCHLIESUNG: 3. August 1948 in ... mit Elisabeth Funke, Tochter des Gärtners Johannes Funke in Bad Sooden-Allendorf.

Besuch von Volksschule und Gymnasium in Eschwege; 1951 Abitur. 1951–1953 Lehre als Kaufmannsgehilfe. 1953–1957 Studium der Betriebswirtschaftslehre in Frankfurt am Main; 1957 Examen als Diplom-Kaufmann. 1957–1960 in der Industrie als Assistent der Leiters des Finanz- und Rechnungswesens tätig. 1. Dezember 1960 Eintritt in den Dienst der Industrie- und Handelskammer Kassel; 1965 stellvertretender Leiter der Abteilung Industrie/Außenwirtschaft, 1967 Leiter der Abteilung Handel, 1969 stellvertretender Geschäftsführer, 1970 Geschäftsführer. 1994 in den Ruhestand getreten.

Sprecher der Katholischen Stadtkonferenz Kassel bis 1988.

1957 Eintritt in die CDU; 1971–1980 stellvertretender Kreisvorsitzender der CDU Kassel-Stadt. – Mitglied und viele Jahre lang Vorsitzender der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, Arbeitsgemeinschaft Nordhessen.

Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland (1985).

Mitglied der Verbandsversammlung der Regionalen Planungsgemeinschaft Nordhessen bzw. der Regionalen Planungsversammlung seit 14. September 1971. – Mitglied der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Raum Kassel seit 25. Juni 1979.

Stadtverordneter seit 1. November 1968 (CDU); Fraktionsvorsitzender der CDU vom 17. November 1980 bis – Vorsteher seit 1. April 1993.

Quellen: STADTA KASSEL, Sammelmappe S 1 Nr. 3160 Frei, Wolfgang; HECKWOLF/NEUBAUER S. 40; Auskunft von Wolfgang Frei, Kassel.

Freidhof, Rudolf Linus, SPD

Geb. 23. September 1888 Gerlachsheim (Baden), gest. 25. Dezember 1983 Kassel; diss. VATER: ... Freidhof, Spengler. MUTTER: ... EHESCHLIESUNG: ... 1913 in Mannheim (?) mit Lina Harst (31. Dezember 1891 Mannheim – 19. Dezember 1973 Kassel), Tochter

Volksschule. Dreher, 1912 -1928 bei der Daimler-Benz AG in Mannheim. 1928–1933 Parteisekretär der SPD in Kassel. 4. März 1933 erstmals wegen des Verdachts des Hochverrats verhaftet; Haftbefehl am 11. März 1933 wieder aufgehoben; wenige Wochen später in „Schutzhaft“ genommen und längere Zeit im KZ Breitenau. Verurteilung zu vier Monaten Gefängnis wegen „Aufforderung zum Ungehorsam ... an die Kasseler Polizeibeamten“ in einem Flugblatt zur Reichstagswahl am 5. März 1933; Verbüßung der Strafe im Zuchthaus Wehlheiden. Selbständiger Lebensmittelkaufmann. 1944 nach dem 20. Juli erneute Verhaftung im Zuge der Aktion „Gitter“; August bis Oktober 1944 im KZ Sachsenhausen. 1945–1949 Regierungsrat beim Regierungspräsidenten in Kassel. 10. Januar – 9. August 1946 ehrenamtliches Mitglied des kommissarischen Magistrats der Stadt Kassel.

1906 Mitglied der SPD, 1917 der USPD, 1922 wieder der SPD; 1923–1928 Vorsitzender in Mannheim, 1928–1933 und 1945–1963 Mitglied des Bezirksvorstands Hessen Nord, 1945 2. Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Kassel.

Großes Bundesverdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland (1958). – Freiherr vom Stein-Plakette des Landes Hessen (1963). – Ehrenbürger der Stadt Kassel (1964). – Wilhelm-Leuschner-Medaille des Landes Hessen (1968).

Mitglied des Bürgerausschusses (Stadtparlaments) in Mannheim von 1925 bis 1928 (SPD).

Mitglied des Badischen Landtags von 1921 bis 1928 (USPD, ab 1922 SPD). – Mitglied der Verfassungberatenden Landesversammlung Groß-Hessen und des Hessischen Landtags vom 15. Juli 1946 bis 5. Oktober 1949 (SPD); Fraktionsvorsitzender der SPD vom 19. Dezember 1946 bis 16. Juli 1947.

Mitglied des Deutschen Bundestages vom 7. September 1949 bis 6. Oktober 1957 (Wahlkreis Eschwege-Witzenhausen-Melsungen; SPD). – 1950 Mitglied der 1., 1954 Mitglied der 2. Bundesversammlung.

Stadtverordneter vom 12. / 30. März bis 7. Juli 1933 und vom 26. Mai 1946 bis 31. Oktober 1964 (SPD). – Vorsteher vom 26. November 1956 bis 31. Oktober 1964.

Quellen: STADT KASSEL, Einwohnermeldekartei und Sammelmappe S 1 Nr. 1119 Freidhof, Rudolf; BEIER, GERHARD: Arbeiterbewegung in Hessen. (Die Hessen-Bibliothek im Insel Verlag). Frankfurt am Main 1984, S. 418; FRENZ, WILHELM: Der Aufstieg des Nationalsozialismus in Kassel 1922 bis 1933. In: HENNIG, EIKE (Hrsg.): Hessen unterm Hakenkreuz. (Die Hessen-Bibliothek im Insel Verlag). Frankfurt am Main 1983 (fortan zitiert als FRENZ, Nationalsozialismus), S. 63-106, hier S. 93; HECKWOLF/NEUBAUER S. 41; KAMMLER, JÖRG, DIETFRID KRAUSE-VILMAR (Hrsg.): Volksgemeinschaft und Volksfeinde. Kassel 1933 – 1945. Eine Dokumentation. (Kassel in der Zeit des Nationalsozialismus Bd. 1). Kassel 1984 (fortan zitiert als KAMMLER, Volksgemeinschaft und Volksfeinde I), S. 51; FRENZ, WILHELM, JÖRG KAMMLER und DIETFRID KRAUSE-VILMAR (Hrsg.): Volksgemeinschaft und Volksfeinde. Kassel 1933-1945. Band 2: Studien. Kassel 1987 (fortan zitiert als FRENZ, Volksgemeinschaft und Volksfeinde 2), S. 28 f., 31 f., 300 f., 305 f., 313, 336-342, 348 f., 351, 419, 423; HERMSDORFF Nr. 1249; LENGEMANN, JOCHEN: Das Hessen-Parlament 1946 – 1986. Biographisches Handbuch des Beratenden Landesausschusses, der Verfassungberatenden Landesversammlung Groß-Hessen und des Hessischen Landtags, 1. – 11. Wahlperiode. Frankfurt 1986, S. 255.

Geck, Friedrich Georg, DNVP

Geb. 22. Januar 1864 Friedberg, gest. ... ; evang. VATER: MUTTER: EHESCHLIESSUNG: ... in Friedberg (?) mit Katharina Susanne Klees (19. Dezember 1864 Friedberg – ...), Tochter

Lokomotivführer; bis 1895 in Rothenditmold wohnhaft, dann 1895 bis 1948 in Kassel. Unbesoldeter Beigeordneter vom 3.2.1930 bis 1948 nach Herborn im Dillkreis verzogen.

Stadtverordneter vom 2./24. März 1919 bis 3. Februar 1930 (DNVP). – 2. Stellvertretender Vorsteher vom 5. Januar 1920 bis ... 1924. – Vorsteher vom 2. Juni 1924 bis 17. Juni 1926. – 1. Stellvertretender Vorsteher vom 17. Juni 1926 bis ... 1929. – Alterspräsident am 11.(?)12.1929.

Quellen: STADTA KASSEL, Einwohnermeldekartei und Sammelmappe S 1 Nr. 4004 Geck, Friedrich; HERMSDORFF Nr. 1249.

Grzesinski, Albert, SPD

Geb. 28. Juli 1879 Treptow an der Tollense (Pommern), gest. 31. Dezember 1947 New York; evang. VATER: Nicht angegeben. MUTTER: ... Grzesinski. EHESCHLIESSUNG: 1. ... in ... mit Dorothea Schardt (6. Februar 1880 Bockenheim – ...), Tochter ... ; 2. ... in ... mit Daisy Torrens (... [England] – ...), Schauspielerin, Tochter

Volksschule in Spandau. 1893–1897 Metalldrücker- und Gürtlerlehre in Berlin; Wanderschaft; 1897–1906 als Metalldrücker tätig in Berlin, Leipzig, Frankfurt am Main und Offenbach. 1906–1907 Angestellter des Deutschen Metallarbeiterverbandes (DMV) in Offenbach, 1907–1920 (faktisch nur bis 1919) als 1. Bevollmächtigter in Kassel Nachfolger: Paul Haupt). 20. Juni 1919 Unterstaatssekretär im Preußischen Kriegsministerium; 11. November 1919 Reichsabwicklungs-Kommissar zum personellen und institutionellen Abbau des Heeres. 1921–1922 Referent im Reichsarbeitsministerium. 1922 – 1924 Oberregierungsrat und Präsident des Preußischen Landespolizeiamts in Berlin. 1925 Polizeipräsident in Berlin. 6. Oktober 1926–26. Februar 1930 Preußischer Innenminister. 1930–1932 wieder Polizeipräsident in Berlin; 20. März 1932 von Reichkommissar von Papen des Amts enthoben. 5. März 1933 ins Exil nach Frankreich, dort 1936/37 Vorsitzender einer Flüchtlingskommission im französischen Innenministerium. 1937 Emigration in die Vereinigten Staaten von Amerika; Ausbürgerung. In New York in einer Bijouteriefabrik wieder als Metalldrücker tätig.

Mitglied der SPD und des DMV; zahlreiche Ämter auf allen Ebenen, u.a. 1903– ... Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Offenbach und 1913–1919 in Kassel Vorsitzender des Gewerkschaftskartells.

Mitglied und Vorsitzender des Arbeiter- und Soldatenrats in Kassel vom 9./12. November 1918 bis ... 1919. – Mitglied des I. und II. Zentralrats der Arbeiter- und Soldatenräte.

Mitglied des Preußischen Landesversammlung bzw. des Preußischen Landtags vom 13. März 1919 bis 6. April 1933 (SPD).

Stadtverordneter vom 2./24. März 1919 bis 4. Mai 1924 (SPD). – Vorsteher vom 24. März 1919 bis 4. Juni 1924.

Quellen: STADT KASSEL, Einwohnermeldekartei und Sammelmappe S 1 Nr. 1242 Grzesinski, Albert; BEIER S. 431; BENZ, WOLFGANG, und HERMANN GRAML (Hrsg.): Biographisches Lexikon zu Weimarer

Republik. München 1988, S. 115 f.; FRENZ, Volksgemeinschaft und Volksfeinde 2, S. 295 f., 300, 304, 306; HANDBUCH FÜR DEN PREUSSISCHEN LANDTAG Ausgaben für die 1. bis 5. Wahlperiode 1921, 1925, 1928, 1932, 1933; HERMSDORFF Nr. 1249; HÖPKEN, JÜRGEN: Die Geschichte der Kasseler Arbeiterbewegung 1914 – 1922. (Quellen und Forschungen zur hessischen Geschichte 49). Darmstadt und Marburg 1983, passim, insbesondere S. 380; KAMMLER, Volksgemeinschaft und Volksfeinde I, S. 54, 58; PINNO, HERBERT: Hierauf Schluß der Versammlung um 1/2 11 Uhr ... Protokolle des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes Zahlstelle Kassel 1911–1932. Eine Quellenedition. Kassel 1989, passim.

Dr. jur. Harnier, Eduard, NL, DDP

Geb. 29. März 1854 Kassel, 10. Juni 1936 Kassel; ev.-luth. VATER: Dr. med. Gabriel Louis *Adolph* Harnier, Arzt. MUTTER: EHE-SCHLIESSUNG: 10. August 1880 in Alsfeld mit Marie Müller (2. April 1859 Alsfeld – 20. Oktober 1936 Kassel), Tochter

Studium der Rechtswissenschaften in Göttingen (?). Rechtsanwalt und Notar in Kassel.

Justizrat; Geheimer Justizrat.

Stadtverordneter vom 1./23. April 1898 bis ... (April oder Mai) 1920 (1898–1918 NL, 1919–1920 DDP). – Stellvertretender Vorsteher vom 22. Februar 1912 bis 23. September 1918 und vom 24. März 1919 bis ... 1920. – Vorsteher vom 23. September 1918 bis 2. März 1919.

Quellen: STADTA KASSEL, Einwohnermeldekartei.

Haupt, Paul, SPD

Geb. 5. April 1882 Freiberg in Sachsen, gest. 20. April 1954 Kassel; diss. VATER: . MUTTER: . EHE-SCHLIESSUNGEN: 1. ... in ... mit Hanni Mehrings (16. Dezember 1882 Mühlenreihe, Amt Jever – 2. September 1928 Kassel), Tochter ... ; 2. 25. Januar 1930 in Kassel Hermine Steinmar (16. Oktober 1898 Kassel – ...), Tochter des Bäckers Georg Steinmar.

Mechaniker. Angestellter des DMV, 1912–1914 als Bevollmächtigter in Limbach in Sachsen. Kriegsteilnehmer; verwundet. 1916–1919 zunächst als Kriegsverpflichteter bei der Fa. Optische Werke AG Hahn in Ihringshausen tätig. 1920 (faktisch ab 1919)–1933 1. Bevollmächtigter des DMV in Kassel. 1933 aus politischen Gründen aller Ämter enthoben und wieder als Mechaniker tätig. 1945 als Verwaltungsdirektor beim Bezirkskommunalverband Leiter der Heilanstalt Merxhausen. Beteiligung am Wiederaufbau der Gewerkschaftsorganisation; 1948–1953 Mitglied des Vorstands der IG Metall in Frankfurt am Main. Lebte bis 1954 in Kassel.

Mitglied der SPD und 1906 des DMV; Vorstandsfunktionen auf verschiedenen Ebenen, u.a. als Vorsitzender des Gewerkschaftskartells des ADGB in Kassel und 1953 – 1954 wieder als ehrenamtliches Mitglied der IG Metall-Ortsverwaltung in Kassel. – Aufsichtsratsvorsitzender des Konsumvereins in Kassel.

Bundesverdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland (1953).

Stadtverordneter vom 2./24. März 1919 bis ... (SPD). – Vorsteher vom 26. November 1928 bis ... 1929.

Quellen: STADTA KASSEL, Einwohnermeldekartei; BEIER S. 440; FRENZ, Volksgemeinschaft und Volksfeinde 2, S. 294; HESSISCHE NACHRICHTEN, Nr. 94, 22.4.1954; HÖPKEN passim, insbesondere S. 381; KAMMLER, Volksgemeinschaft und Volksfeinde I, S. 60; PINNO passim.

Herzog (II), Johann Julius Emil

Geb. 22. September 1813 Kassel, gest. 13. Juni 1889 Kassel; ev.-luth. VATER: Friedrich Martin Herzog, Kaufmann. MUTTER: EHE-SCHLIESSUNG: ... in ... mit Elise ... (20. Dezember 1820 ... – 26. Oktober 1892 Kassel) Tochter

Kaufmann in Kassel.

Provisorisches Mitglied des Stadtrats vom 20. Dezember 1852 bis 29. November 1855. – Mitglied des Stadtrats vom 11. Februar 1856 bis 9. August 1864.

Mitglied des außerordentlichen Bürgerausschusses vom 5. April 1852 bis 11. Februar 1856; Mitglied des Ständigen Bürgerausschusses vom 18. Juni/4. Juli 1864 bis 1. Februar 1885. – Stellvertretender Vorsteher vom ... bis 6. September 1883. – Vorsteher vom 6. September 1883 bis 1. Februar 1885.

Quellen: STADT KASSEL, Einwohnermeldekartei.

Hofacker, Friedrich, SPD

Geb. 28. Februar 1881 Elberfeld, ... ; evang. VATER: MUTTER: EHESCHLIESSUNG: ... in ... mit Hedwig Retthagen (26. Dezember 1880 Hattingen (Ruhr ?) – ...), Tochter

Dreher und Maschinenbauer, bis 1919 in Opladen. 1. September 1919–1933 Bezirksleiter des Deutschen Eisenbahnverbandes (DEV) in Kassel. Ehrenamtlicher Stadtrat vom 11.(?)12.1929 bis 3. Februar 1930. 1933 Emigration nach Frankreich. Nach dem 2. Weltkrieg Rückkehr ins Rheinland; Landrat des Rhein-Wupper-Kreises vom 1. Januar 1946 bis 28. Oktober 1946 (von der Militärregierung bis zur Wahl eines Landrats eingesetzt). (1952) wieder in Opladen wohnhaft. In leitender Stellung bei der Kölner Stadtverwaltung tätig.

Mitglied der SPD und des DEV; Vorstandsfunktionen auf verschiedenen Ebenen, u.a. auch Vorsitzender des Ortsvereins Kassel der SPD.

Stadtverordneter in Opladen von 1913 bis 1919 (SPD).

Mitglied des Preußischen Landtags vom 24. Juni 1932 bis ... 1933 (SPD).

Stadtverordneter vom 17. November / November(?)Dezember 1929 bis ... 1933 (SPD). – Vorsteher vom 11.(?)12.1929 bis ... 1933.

Quellen: STADTA KASSEL, Einwohnermeldekartei und Sammelmappe S 1 Nr. 207 Hofacker, Friedrich; BEIER S. 451; FRENZ, Volksgemeinschaft und Volksfeinde 2, S. 28, 340; HANDBUCH FÜR DEN PREUSSISCHEN LANDTAG 4. und 5. Wahlperiode 1932 und 1933; HERMSDORFF Nr. 1249; HÖPKEN passim, insbesondere S. 381; Auskunft des Rheinisch-Bergischen Kreises – Oberkreisdirektor, Referat für Kultur und Öffentlichkeitsarbeit – , Bergisch Gladbach.

Hupfeld, Gustav Adolph Bernhard, NL

Geb. 2. Juni 1823 Hessisch Lichtenau, gest. 9. April 1897 Kassel; evang. VATER: Dr. jur. Gustav Adolph Hupfeld, später Regierungsrat in Hanau und Fulda. MUTTER: Karoline Amalie Louise Kleinhaus. EHESCHLIESSUNG: ... in Kassel mit Marie Ernestine Eleonore Ihlée (2. April 1830 Kassel – 11. September 1892 Kassel), Tochter des Posamentierers Johann Heinrich Ihlée.

Bis 1841 Gymnasium in Fulda. 1841–1845 Studium der Rechtswissenschaften in Marburg; Mitglied des Corps Guestphalia. 1846 Obergerichts-

Referendar in Kassel. 1854 – 1856 Untergerichts-Anwalt für die Ämter Hünfeld und Eiterfeld. 1856 – 1865 Syndikus des Landeskrankenhauses Fulda. 1865 – 1897 Rechtsanwalt, ab 1868 zugleich Notar in Kassel.

Vorsitzender des Zentralausschusses der nationalliberalen Partei Kurhessens.

Roter Adlerorden 3. Klasse mit Schleife. Kronenorden 3. Klasse. – Justizrat (1871), Geheimer Justizrat (1893). – Ehrenbürger der Stadt Kassel (28. März 1895).

Mitglied der Kurhessischen Ständeversammlung von 27./30. Oktober 1862 bis 18. Juni 1866 (1862-1863 WK HB Bezirk Fulda, 1863 – 1866 WK Hünfeld). – Mitglied des Kommunallandtags Kassel und des Provinziallandtags Hessen-Nassau vom ... bis

Mitglied des Ständigen Bürgerausschusses vom 20. August 1869 bis 21. Februar 1895. – Vorsteher vom 4. Februar 1885 bis 21. Februar 1895.

Quellen: STADTA KASSEL, Einwohnermeldekartei und Sammelmappe S 1 Nr. 53 Hupfeld, Gustav Adolf; HERMSDORFF Nr. 1249; LOSCH S. 10, 30; SEIER, HELLMUT, (Hrs. und Bearb.) und ULRICH VON NATHUSIUS (Bearb.): Akten und Dokumente zur kurhessischen Parlaments- und Verfassungsgeschichte 1848 – 1866. (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Hessen 48, 2; Vorgeschichte und Geschichte des Parlamentarismus in Hessen 4). Marburg 1987, S. 391, 403 – 405, 449, 484; THIELE, Bd. 6, S. 195; WANNAGAT S. 435 f.

Kestner, Bernhard Wolfgang Günter, SPD

Geb. 23. August 1931 Kassel, lebt in Kassel; evang. VATER: Ernst August Albert Otto Kestner, kfm. Angestellter. MUTTER: Eva Elisabeth Wegehenken. EHESCHLIESSUNG: 30. Mai 1953 in Kassel mit Friedel Bachmann, Tochter eines Zimmermanns.

1948 Mittlere Reife; Ausbildung zum Gehilfen in steuerberatenden Berufen. Buchhalter in einem Betrieb in Niedرزwehren. 1959- ... Leiter zunächst des Rechnungswesens, dann des Personalwesens und schließlich der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Henschel Flugzeugwerke in Kassel und später in Calden; dort Prokurist.

1960 Mitglied der SPD; zeitweise Ortsvereinsvorsitzender in Niedرزwehren und Mitglied des Unterbezirksvorstands Kassel-Stadt. – Mitglied in einer Vielzahl von Vereinen und Verbänden.

Bundesverdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland (1992). – Ehrenbrief des Landes Hessen (1994).

Mitglied der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Raum Kassel vom ... bis heute (SPD); Vorsitzender seit 1993.

Stadtverordneter seit 1. November 1968 (SPD). – Stellvertretender Vorsteher vom 15. April 1977 bis 19. Februar 1979 und seit 1. April 1993. – Vorsteher vom 19. Februar 1979 bis 31. März 1993.

Quellen: STADTA KASSEL, Sammelmappe S 1 Nr. 3000 Kestner, Günter; HECKWOLF/NEUBAUER S. 77; HERMSDORFF Nr. 1249; Auskunft von Günter Kestner.

Kleinschmidt, Gerhard Heinrich Friedrich, SPD

Geb. 23. September 1921 Kassel, gest. 2. Oktober 1988 Münstertal im Schwarzwald; evang., seit 21. Februar 1966 diss. VATER: Heinrich Kleinschmidt, Photograph. MUTTER: Elfriede Collmann. EHESCHLIESSUN-

GEN: 1. 5. April 1947 in Göttingen mit Gisela Ziegenhorn (25. August 1919 Kiel – 3. August 1986 Kassel), Diplom-Volkswirtin, Tochter ... ; 2. 22. Dezember 1986 in Kassel mit *Lieselotte* Henriette Minna Frieda Rössing (geb. 5. Juni 1921 Göttingen), Tochter

Abitur. Rechtspfleger-Anwärter. Studium der Rechtswissenschaften in Göttingen, Straßburg und Marburg; 1948 2. Staatseamen. Assessor bei Rechtsanwälten, bei der Staatsanwaltschaft und bei kleinen Amtsgerichten. Richter in Kassel; zunächst am Landgericht, ab 1953 am Amtsgericht; ab 1. April 1964 zunächst als Amtsgerichtsdirektor, seit 1970 als Präsident dessen Leiter. ... 1970 bis 2. Oktober 1988 Mitglied, 8. Juni 1982 – 2. Oktober 1988 Präsident des Hessischen Staatsgerichtshofs.

1949 Mitglied der SPD.

Stadtverordneter vom 1. November 1964 bis 7. Januar 1971 (SPD); Fraktionsvorsitzender der SPD vom ... 1966 bis ... 1968. – Vorsteher vom 18. November 1968 bis 7. Dezember 1970.

Quellen: STADT KASSEL, Einwohnermeldekartei und Sammelmappe S 1 Nr. 1549 Kleinschmidt, Gerhard; HECKWOLF/NEUBAUER S. 81; HERMSDORFF Nr. 1249.

Dr. med. Kolbe, George Wilhelm Julius

Geb. 10. Januar 1820 Kassel, gest. 19. Januar 1884 Kassel; ev.-ref. VATER: Peter Kolbe, Kassierer beim Kriegskollegium. MUTTER: EHE-SCHLIESSUNG: ... in ... mit Marie Pauline *Auguste* Hundeshagen (4. Januar 1825 Kassel – 21. März 1876 Kassel), Tochter des Waage-Inspektors Adolph Carl Hundeshagen.

Studium der Medizin in Marburg. Praktischer Arzt. Mitglied des Stadtrats vom 9. August 1864 bis ... 5.(?)1872.

Freimaurer; 1875–1880 Meister vom Stuhl der Loge *Zur Eintracht und Standhaftigkeit*. Landes- und Stadtgeschichtsforscher. – 28. Juli 1864 – 15. März 1866 und 1. August 1874 – 31. Juli 1875 stellvertretender Vorsitzender, 15. März 1866 – ... 1870 Schriftführer (Sekretär), 31. Juli 1875 – 25. Juli 1876 Vorsitzender des Hauptvorstandes des Vereins für hessische Geschichte und Landeskunde.

Sanitätsrat.

Mitglied des Ständigen Bürgerausschusses vom 18. Juni /4. Juli 1864 bis 9. August 1864, des außerordentlichen Bürgerausschusses vom 20. August /13. September 1869 bis 2.10.1869 und wieder des Ständigen Bürgerausschusses vom 15./18. Dezember 1874 bis 19. Januar 1884. – Stellvertretender Vorsteher vom 18. Dezember 1874 bis 31. Januar 1877. – Vorsteher vom 31. Januar 1877 bis 27.(?) August 1883.

Quellen: STADTA KASSEL, Einwohnermeldekartei; BALDE, JOACHIM HEINRICH, und LEOPOLD BIERMER: Medizin in Kassel. Daten. Fakten. Bilder. Kassel 1973, S. 85; KAHLFUSS S. 24-26; THIELE, HELMUT: Einwohner und Familien der Stadt Kassel. Eheschließungen, Geborene, Verstorbene 1731-1839. Bd. 6. Kassel, 1986, S. 145 und 341.

Lengemann, Friedrich (*Fritz*), NSDAP

Geb. 1. Februar 1892 Kassel, gest. 30. Mai 1934 Kassel; ev.-ref. VATER: Karl Lengemann, Schuldiener (aus Niedenstein). MUTTER: EHE-

SCHLIESSUNG: 16. Oktober 1920 in Kassel mit Margarethe (*Grete*) Kessel-schläger (13. Juli 1902 Kassel – ...), Tochter

1898 – 1902 Bürgerschule 1 , 1902–1910 Realgymnasium I in Kassel. 1910–1914 Ausbildung für die mittlere Beamtenlaufbahn bei der Landesversicherungsanstalt Hessen-Nassau; dann kurz beim Landeskrankenhaus in Kassel und beim Landeshospital in Haina tätig. 1. Juli 1914 Dienstantritt bei der Gartenbau- und Friedhofs-Berufsgenossenschaft in Kassel. 21. Oktober 1914 – . April 1916 Soldat beim Inf.-Rgt. 169 und beim Landwehr-Inf.-Rgt. 83; Entlassung wegen Dienstbeschädigung; wieder Tätigkeit bei der Berufsgenossenschaft, zuletzt als Büroinspektor. 11. April 1933 zunächst kommissarisch Landrat des Landkreises Kassel; 15. Juni 1933 endgültige Bestätigung als Landrat.

1920 – 1932 Vorsitzender der Ortsgruppe Kassel des Verbandes der Beamten und Angestellten der Reichsunfallversicherung, seit 1927 stellv. Vorsitzender des Hauptausschusses (erweiterten Hauptvorstands). 1920-1932 Mitglied des Hauptausschusses des Ortskartells des Deutschen Beamtenbundes.

Seit Herbst/Winter 1923 Mitglied der Kerngruppe Kasseler Nationalsozialisten. Ab März 1924 (während der Verbotszeit der NSDAP) Bezirksführer im Völkisch-Sozialen Block (VSB) und ab Juni führend in der Nationalsozialistischen Freiheitspartei (NSFP). 27. Februar 1925 Mitbegründer der Ortsgruppe Kassel der NSDAP, bis 1. September 1927 deren erster Ortsgruppenführer; 1. September 1927 stellvertretender Gauleiter und Gauschatzmeister des Gauess Hessen-Nassau Nord, ab 1. Oktober 1931 stellvertretender Gauleiter und Gauorganisationsleiter der NSDAP in Kassel.

Mitglied des Reichstags vom 31. Juli / 30. August 1932 bis 30. Juni 1934 (WK 19 [Hessen-Nassau]; NSDAP).

Stadtverordneter in Kassel vom 12. / 30. März 1933 bis 31. Dezember 1933 (NSDAP). – Vorsteher vom 30. März 1933 bis 31. Dezember 1933.

Quellen: STADT KASSEL, Einwohnermeldekartei und Sammelmappe S 1 Nr. 2708 Lengemann, Fritz; FRENZ, Nationalsozialismus, S. 64, 66 f., 100, 528 f.; FRENZ, Volksgemeinschaft und Volksfeinde 2, S. 16, 49, 100 f.; HERMSDORFF Nr. 1249; KAMMLER, Volksgemeinschaft und Volksfeinde I, S. 52, 77, 150; KLEIN, THOMAS (Bearb.): Grundriß zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1815 – 1945. Reihe A, Bd. 11: Hessen-Nassau (einschl. Vorgänger-Staaten). Marburg 1979, S. 397; REICHSTAGS-HANDBUCH, VI. bis VIII. Wahlperiode 1932 und 1933; SCHWARZ S. 702.

Pfeiffer, Carl

Geb. 17. Februar 1844 Kassel, gest. 17. Oktober 1912 Kassel; evang. VATER: Johann Ludwig (*Louis*) Pfeiffer, Bankier. MUTTER: *Mathilde* Auguste Eleonore Eva Fritze. EHESCHLIESSUNG: 12. Dezember 1869 in Berlin mit *Ida* Susanne Elisabeth Julie Johanna Bähr (5. Mai 1848 Kassel – 24. Dezember 1920 Kassel), Tochter des Oberappellationsgerichtsrats und (nationalliberalen) Reichstagsabgeordneten Otto Bähr.

Ausbildung im Bankfach, auch im Ausland. Bankier; Teilhaber, ab 1892 Alleininhaber des Bankgeschäfts Louis Pfeiffer in Kassel.

Mitglied der Vollversammlung der Handelskammer Kassel vom 1. Januar 1880 bis 17. Oktober 1912; stellvertretender Vorsitzender der Kammer vom 1. Januar 1887 bis 31. Dezember 1892; Vorsitzender der Kammer vom 1. Januar 1892 bis 17. Oktober 1912.

Kommerzienrat (1894); Geheimer Kommerzienrat (1903). – Roter Adler-Orden IV. Klasse. – Ehrenbürger der Stadt Kassel 24. Juni 1912).

Mitglied des Ständigen Bürgerausschusses bzw. Stadtverordneter vom 1./4. Februar 1885 bis 17. Oktober 1912. – Stellvertretender Vorsteher vom 3. Februar 1890 bis 21. Februar 1895. – Vorsteher vom 21. Februar 1895 bis 9. Januar 1912.

Quellen: STADTA KASSEL, Sammelmappe S 1 Nr. 264 Pfeiffer, Karl; BRANDT, HARM-HINRICH: Die Industrie- und Handelskammer Kassel und ihre Vorläufer 1763-1963. Kassel o.J. (1963), S. 91 f.; HERMSDORFF Nr. 1249; PFEIFFER, AUGUST LUDWIG: Familie Pfeiffer. Kassel 1886, S. 118 f., 129, 131 f.

Röse, Karl Helmut, SPD

Geb. 4.7.1926 Kassel, lebt in Kassel; VATER: Hans Röse, Schmied. MUTTER: Katharina Koche. EHESCHLIESSUNG: 30. Juni 1968 in Kassel mit Ilse Willke, Tochter des Schiffskochs Wilhelm Willke.

Realschule. Erwerb des Anwaltsgehilfenbriefes. 1. April 1948 – 31. März 1979 Geschäftsführer des Mietervereins Kassel, 1. Januar 1962 – 31. März 1979 Direktor des Deutschen Mieterbunds, Landesverband Hessen. 1. April 1979 – 31. Juli 1989 Geschäftsführer der Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Kassel GmbH.

Mitglied der SPD; viele Jahre lang Parteiämter auf Ortsvereins-, Unterbezirks- und Bezirksebene.

Karl-Schomburg-Plakette der Stadt Kassel (1979). – Bundesverdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland (1982); 1. Klasse (1993). – Ehrenbrief des Landes Hessen. – Großes Ehrenzeichen in Gold des Deutschen Mieterbundes (1987).

Stadtverordneter vom 1. November 1964 bis 19. Februar 1979 (SPD); Fraktionsvorsitzender der SPD vom ... 1968 bis ... 1970. – Vorsteher vom 7. Dezember 1970 bis 19. Februar 1979.

Quellen: STADTA KASSEL, Sammelmappe S 1 Nr. 2051 Röse, Helmut; HECKWOLF/NEUBAUER S. 132; HERMSDORFF Nr. 1249; Auskunft von Helmut Röse, Kassel.

Schäfer, Karl Heinrich, SPD

Geb. 20. Dezember 1873 Kassel, gest. 12. Januar 1943 Kassel; evang., ab 20. März 1907 diss. VATER: Karl Gustav Schäfer, Maler und Lackierer. MUTTER: EHESCHLIESSUNG: 10. Juli 1897 in Haubern, Krs. Frankenberg, (?) mit Karoline Schneider (15. Juni 1875 Haubern – 17. August 1943 Kassel), Tochter

Volksschule. Drechslerlehre. 1894–1895 in Weißenfels, 1895 in Leipzig tätig. Bis 1933 Geschäftsführer des Konsum- bzw. später Konsum- und Sparvereins Kassel und Umgebung.

Stadtverordneter vom 2./24. März 1919 bis ... (SPD). – Vorsteher vom 17. Juni 1926 bis 26. November 1928.

Quellen: STADTA KASSEL, Einwohnermeldekartei; HERMSDORFF Nr. 662 und 1249.

Dr. jur. Schier, Carl Heinrich, K

Geb. 5. Januar 1854 Paris, gest. 1. September 1918 Kassel; ev.-ref. VATER: Wilhelm Carl Schier, Rentier. MUTTER: Auguste Noir. EHESCHLIESSUNG:

18. Juni 1881 in ... mit Wilhelmine Emma Biermann (23. Dezember 1859 ... – ...), Tochter

Lebte seit 1857 in Kassel. Friedrichsgymnasium; 1873 Abitur. 1873 – 1876 Studium der Rechtswissenschaften in Göttingen und Leipzig; 1876 – 1881 Referendar in Kassel, 1881 2. juristisches Staatsexamen. Ab 1881 Rechtsanwalt in Kassel.

Mitglied der Schlaraffia.

Mitglied des Deutschen Reichstags vom 20. Februar / 6. März 1890 bis 6. Mai 1893 (WK Kassel 8 [Hanau, Gelnhausen, Orb]; K).

Mitglied des Ständigen Bürgerausschusses bzw. Stadtverordneter vom 21. Februar 1895 bis 1. September 1918.- Stellvertretender Vorsteher vom 21. Februar 1895 bis 8. Februar 1912. – Vorsteher vom 8. Februar 1912 bis 1. September 1918.

Quellen: STADT KASSEL, Einwohnermeldekartei und Sammelmappe S 1 Nr. 3132 Schier, Heinrich; HANDBUCH DES REICHSTAGS 1890; HERMSDORFF Nr. 1249; SCHWARZ S. 449.

von Schlemmer, Christian Carl Wilhelm

Geb. 20. April 1805 Rotenburg/Fulda, gest. 12. Juli 1860 Kassel; evang. VATER: *Carl* Nikolaus (ab 26.2.1804:) von Schlemmer, Kfl. hessischer Oberstleutnant, Kommandat der Kasseler Bürgergarde. MUTTER: Caroline Christiane Gundlach. EHESCHLIESSUNG: 10. Mai 1851 in Kassel mit Rosine Marie *Nathalie* Poppe (26. Juni 1824 Kassel – 11. Juli 1898 Kassel), Tochter des Konditors Philipp Heinrich Christian Poppe.

Obergerichtsanwalt in Kassel (September 1850 für die liberale Zeitung „Die Hornisse“ in ihren Auseinandersetzungen mit dem Ministerium Hassenpflug tätig).

Mitglied des Ständigen Bürgerausschusses vom 5. April /... 1852 bis 12. Juli 1860. – Vorsteher vom ... 1852 bis 12. Juli 1860.

Quellen: GOTHAISCHES GENEALOGISCHES TASCHENBUCH B 1909, S. 675; THIELE Bd. 7, S. 242.

Schwarzenberg, Johann Daniel Wilhelm Ludwig Wh., CP

Geb. 27. November 1787 Kassel, gest. 26. Oktober 1857 Kassel; evang. VATER: Johann *Georg* Schwarzenberg, Pfarrer. MUTTER: Anna Magdalena Cnyrim. EHESCHLIESSUNG: Juli 1816 in Kassel, Freiheiter Gemeinde, mit Franziska Wilhelmine Philippine Elisabeth Rommel (... . August 1791 Kassel – ...), Tochter des Konsistorialrats und Hofpredigers Justus Philipp Rommel.

1797–1804 Besuchs des Lyceums Fridericianum in Kassel. 28. April 1804 Studium der Rechtswissenschaften in Marburg, 28. Oktober 1806 in Göttingen. 1807 Advokat in Kassel. 1809 Teilnahme am Dörnberg'schen Aufstand gegen das Königreich Westphalen, Flucht nach Böhmen. Eintritt in das Corps des Herzogs von Braunschweig-Oels, Offizier in der britischen Armee in Spanien, 1812 Teilnahme an der Schlacht bei Salamanca; 1814 Abschied als braunschweigischer Hauptmann. 1814 Advokat am Obergericht und Prokurator in Kassel, 1835–1857 Obergerichtsanwalt in Kassel.

Galt 1848 – wie auch Bernhardi – als „Konstitutioneller“ und „Verkörperung des kurhessischen Liberalismus“. Wegen seines Widerstandes gegen die

restaurative Politik Hassenpflugs 1852 Verurteilung zu zehn Monaten Festungshaft.

Mitglied der Kurhessischen Ständeversammlung vom 2.2./8.3.1833 bis 2.9.1850 (1833¹ WK ?; 1833² WK Melsungen; 1833³ WK Kassel-Stadt; 135, 1836, 1838, 1839 WK Hofgeismar; 1842 WK Kassel; 1845 WK Schaumburgische Städte; 1847, WK Hanau, 1848, 1849, 1850 WK Kassel-Stadt). – Landtagspräsident vom 28. April bis 12. Juli 1838, 1. Dezember 1848 bis 14. April 1849 und vom 14. Juli 1849 bis 12. Juni 1850. – Landtagsvizepräsident vom 10. Dezember 1839 bis 19. August 1841, 9. Dezember 1845 bis 17. November 1846 und vom ... März 1848–31. Oktober 1848.

Mitglied der Deutschen Nationalversammlung vom 18.5.1848 bis 23. Oktober 1848 (WK Kurhessen 1 [Kassel]; Wh., CP).

Mitglied des Ständigen Bürgerausschusses vom 6. Mai 1840 bis 14. Januar 1852. – Vorsteher vom 29. Juni 1840 bis 14. Januar 1852.

Quellen: STADTA KASSEL, Sammelmappe S 1 Nr. 2989 Schwarzenberg, Johann Daniel Wilhelm Ludwig; KOCH S. 379; LOSCH S. 5-8, 52; SCHWARZ S. 98; SEIER/GROTHE passim; SEIER/VON NATHUSIUS passim; THIELE, Bd. 2, S. 298; Bd. 7, S. 310; WANNAGAT S. 512 f.

Wittrock, Daniel Christian Warnke, SPD

Geb. 2. November 1882 Kassel, gest. 14. November 1967 Kassel; ev.-luth. VATER: Daniel Wittrock, Gastwirt (aus Bremen). MUTTER: EHESCHLIESSUNG: 23. Oktober 1911 in ... mit *Ottilie* Gertrude Thomas (22. August 1891 Ochshausen – 7. Dezember 1970 Kassel), Tochter

Volksschule. Bürolehre, zeitweise Bürovorsteher. Privatsekretär (Rechtsbeistand bzw. Rechtskonsulent). 7. März 1921 – 14. August 1922 ehrenamtlicher, 14. August 1922- ... hauptamtlicher Stadtrat (Wohnungsamt) in Kassel. 1924 Verurteilung wegen (angeblichen) Meineides; 1927 vom Preußischen Staatsministerium rehabilitiert („Fehlurteil“). Geschäftsführer der Vereinigten Innungskrankenkassen. 1933 aus politischen Gründen aller Ämter enthoben; „Schutzhaft“, körperliche Mißhandlungen (erstmalig am 24.3.1933), Berufsverbot. Vertreter, Inhaber eines Schreibwarengeschäfts, bis 1939 Führung einer Gastwirtschaft in der Schäfergasse. Ab Kriegsbeginn 1939 bis 23.4.1945 in Dauerhaft im KZ Sachsenhausen. 1946-1948 Verwaltungsdirektor der AOK Kassel. 10. Januar – 9. August 1946 von der Militärregierung ernanntes Mitglied des kommissarischen Magistrats der Stadt Kassel. 26. November 1956 - 14. November 1960 wieder ehrenamtlicher Stadtrat in Kassel.

1899 Mitglied der SPD; Mitglied des SPD-Bezirksvorstands Hessen-Nord, des Landesvorstands Hessen und in anderen Parteigremien.

Bundesverdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland (1952). – Stadtältester (1960).

Mitglied des Arbeiter- und Soldatenrats in Kassel vom 1918 bis 1919. – Mitglied des II. Kongresses der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands vom 8. bis 14. April 1919.

Mitglied des Kommunallandtags für den Regierungsbezirks Kassel und des Provinziallandtags der Provinz Hessen-Nassau von 1921 bis 1933 (mit Unterbrechungen). – Mitglied des Preußischen Staatsrats von 1921 (?) bis 1933.

Mitglied des Beratenden Landesausschusses Groß-Hessen vom 26. Februar bis 14. Juli 1946, der Verfassungsberatenden Landesversammlung Groß-Hes-

sen vom 15. Juli bis 30. November 1946 und des Hessischen Landtags vom 1. Dezember 1946 bis 30. November 1954 und vom 7. Februar bis 30. November 1958 (SPD). – Vizepräsident des Hessischen Landtags vom 7. Dezember 1950 bis 16. Dezember 1954.

Mitglied des Überparteilichen Ausschusses vom 21. August 1945 bis ... 1946 (SPD). – Vorsitzender vom ... 1945 bis ... 1946.

Stadtverordneter vom Februar / 24. März 1919 bis 7. November 1921, vom 17. November / November(?)Dezember 1929 bis 30. März 1933 (Mandat „aberkannt“) und vom 26. Mai / 5. Juli 1946 bis 31. Oktober 1956 (SPD). – Vorsteher vom 5. Juli 1946 bis 31. Oktober 1956.

Quellen: STADTA KASSEL, Einwohnermeldekartei, Best. A.O. Nr. 3 und 4 und Sammelmappe S 1 Nr. 454 Wittrock, Christian; BEIER S. 603; FRENZ, Nationalsozialismus, S. 96, 100; FRENZ, Volksgemeinschaft und Volksfeinde 2, S. 19 f., 38, 30, 261, 300, 341, 348 f., 351, 419-423; HANDBUCH FÜR DEN PREUSSISCHE STAATSRAT 1922; HECKWOLF/NEUBAUER S. 180; HERMSDORFF Nr. 1249; HÖPKEN passim, insbesondere S. 383; KAMMLER, Volksgemeinschaft und Volksfeinde I, S. 52, 54, 58, 315; LENGEMANN S. 435.

Zuschlag, Georg Heinrich

Geb. 25. Januar 1814 Dagobertshausen, gest. 18. Januar 1877 Kassel; evang. VATER: . MUTTER: . EHESCHLIESSUNG: ... in ... mit Louise *Friederike* Schotten (29. August 1813 Kassel – 29. September 1893 Kassel), Tochter des Kaufmanns Johann Wilhelm Schotten.

Ober-Finanz-Rat (1850 wegen seiner Beteiligung an der Beamtenresistenz gegen die Regierung Hassenpflug zur Disposition gestellt; später „a.D.“).

Galt 1852 als „liberal-konstitutionell“.

Mitglied des Stadtrats der Residenzstadt Kassel vom 19. Februar 1852 bis 11. Februar 1856, Beigeordneter des Oberbürgermeisters vom 27. März 1852 bis 8. März 1854.

Mitglied der Kurhessischen Ständeversammlung vom 13./19. September 1855 bis 4. April 1860 und vom 27./30. Oktober 1862 bis 18. Juni 1866 (1855-1860 2. Kammer, WK Kassel-Stadt; 1862 – 1866 WK HB Bezirk Kassel). – Präsident der 2. Kammer vom 19. September 1855 bis 4. April 1860.

Mitglied des Ständigen Bürgerausschusses vom 23. September 1850 bis 14. Januar 1852 und vom 5. Dezember 1855 / 7. Januar 1856 bis 18. Januar 1877. – Stellvertretender Vorsteher vom 3. Februar 1860 bis 8. Juli 1861. – Vorsteher vom 8. Juli 1861 bis 18. Januar 1877.

Quellen: STADTA KASSEL, Einwohnermeldekartei; LOSCH S. 9 f., 62; SEIER/VON NATHUSIUS passim; THIELE, Bd. 8, S. 104.

Anmerkungen:

- 1 Kurhessische Gesetz-Sammlung (fortan: GS Kurhessen) 1834, S. 181.
- 2 Gesetzsammlung für die preußischen Staaten (fortan: GS Preußen) 1897, S. 254.
- 3 Heidelbach, Paul: Kassel. Ein Jahrtausend hessischer Stadtkultur. Hrsg. von Karl Kaltwasser. Kassel und Basel 1957, S. 242.
- 4 Es kann nicht Aufgabe dieses Beitrags sein, die KGO auch nur in ihren rein kommunalverfassungsrechtlichen Regelungen insgesamt darzustellen; dazu wie auch zu den späteren gemeindeverfassungsrechtlichen Grundlagen und zur weiterführenden Literatur sei auf das voraussichtlich 1896 erscheinende Werk verwiesen, für das dieser Beitrag gleichzeitig der Werkstattbericht ist.

- 5 GS Preußen 1897, S. 254.
- 6 Von Bedeutung in diesem Zusammenhang war hier vor allem die (preußische) Verordnung über die anderweite Regelung des Gemeindewahlrechts vom 24.1.1919 - GS Preußen 1919, S. 13 - mit der Nachtragsverordnung vom 31.1.1919 zur Verordnung über die anderweite Regelung des Gemeindewahlrechts vom 24.1.1919 - GS Preußen 1919, S. 15. Die Verbreiterung der Legitimationsbasis der gemeindlichen Vertretungskörperschaften durch die Einführung des Frauenwahlrechts erfolgte mit dem Gesetz über das Bürger- und Gemeinderecht der Frauen und die weitere Durchführung der Gemeindewahlen vom 15.7.1919 - GS Preußen 1919, S. 113.
- 7 StadtA Kassel Best. Protokolle der Stadtverordnetenversammlung (fortan zitiert als „StVV-Prot.“), hier Sitzung vom 5.7.1933, S. 4.
- 8 Ob Ende September 1933 eine ordentliche Sitzung im Rechtssinne stattgefunden hat, muß mangels vorliegenden Protokolls offen bleiben; sicher ist, daß die letzte Sitzung der Stadtverordnetenversammlung als Beschlußorgan am 29.12.1933 stattgefunden hat; vgl. - einschließlich der dort mitgeteilten Tagesordnung - *Kasseler Post* Nr. 355, 27.12.1933, und *Kurhessische Landeszeitung* Nr. 306, 27.12.1933. Durchaus beachtenswert ist, daß in den Verfilmungen der Kasseler Zeitungen des Jahres 1933 wegen „Fehlens der Originale“ Berichte über die Sitzung selbst in Kassel nicht vorliegen. - Als eher kurios ist der in der letzten Sitzung des Magistrats als Beschlußorgan am 28.12.1933 gefaßte letzte Beschluß Nr. 779 anzusehen, „aus Anlaß der Auflösung der städtischen Körperschaften gemäß dem neuen Gemeindeverfassungsrecht je eine besondere Ausgabe der Geschichte der Stadt [dem Staatsrat Gauleiter *Weinrich* und dem Herrn Stadtverordnetenvorsteher *Lengemann*] zu überreichen“; vgl. Beschlüsse des Magistrats April - Dezember 1933 in StadtA Kassel Best. A.1.00. Bd. 1.
- 9 GS Preußen 1933, S. 427.
- 10 Überliefert sind in den Verwaltungsberichten u.a. Sitzungen am 3.10.1935 im Großen Saal der Stadthalle (Einführung der Gemeinderäte und der Verleihung des Ehrenbürgerrechts an *Dr. Roland Freisler* und *Heinrich Rudolph*), am 19.2.1936 wieder in der Stadthalle (abschließende Beratung des Haushaltsplanes „mit Lichtbildervortrag des Oberbürgermeisters“), am 26.10.1936 (Verpflichtung neuer Gemeinderäte, Behandlung von Eingemeindungsfragen und Stadtplanung und Erörterung der Wiedereröffnung der Städtischen Galerie und des Kunsthauses), am 25.2.1937 (Haushaltsplan 1937, Bauprogramm, Übernahme des Landkrankenhauses durch die Stadt), am 2.12.1937 (Verleihung des Ehrenbürgerrechts an Gauleiter *Karl Weinrich*); am 14./15.5.1938 fand eine Fahrt der Ratsherren und Beigeordneten nach Münster in Westfalen „zum Studium städtebaulicher Fragen“ statt, und am 12.10.1938 fuhren die Ratsherren - diesmal ohne Angabe des Grundes - nach Braunschweig. - Die letzte Sitzung der Ratsherren dürfte am 20.3.1945 (!) stattgefunden haben; vgl. dazu die Aufzeichnungen von *Robert Friderici* in: „BIS 5 MINUTEN NACH ZWÖLF“. Letzte Kriegstage 1945 in Kassel in Tagebüchern und anderen zeitgenössischen Quellen. Zsgst. von Frank-Roland Klaube. Marburg 1995, S. 171-174.
- 11 Das waren SPD (Wiedergründung am 24.4.1945), KPD, Christlich Sozialer Volksdienst (Wiedergründung am 3.5.1945), Zentrum, Demokraten und Deutsche Volkspartei (kurzzeitig „Liberale Stresemann-Partei“ genannt). Besatzungsmacht wie aber auch führende SPD-Mitglieder - wie z.B. *Karl Hermann* - drängten schon ab Juni 1946 auf die Bildung gemeinsamer Organisationsstrukturen der ehemals „bürgerlichen“ Parteien; das ergibt sich u.a. auch aus den persönlichen Unterlagen von *Friedrich Quanz*.
- 12 SPD, CDU, KPD, LDP, wobei die CDU aus einem förmlichen Zusammenschluß von CSVD und Zentrum am 20.8.1945 entstand, während die Volkspartei-Gründer unter Führung des späteren Stadtv. *Dr. Ernst Bromm* erst später zu den Demokraten stießen und dann gemeinsam als LDP firmierten.
- 13 Dies Beschlußbuch, das oben in Anm. 8 am Ende zitierte wurde, bildet im StadtA Kassel Best. A.1.00. Bd. 1.
- 14 Sie stammen aus privaten Archiven u.a. von *Willy Goethe* und *Dr. Wilhelm Rohrbach*.
- 15 Vgl. vor allem die einschlägigen Vorgänge in den Beständen 17 i und 165; ergänzend sind die Akten des Kurhessischen Ministeriums des Innern - Best. 16 - gelegentlich nützlich.
- 16 Die Kasseler Tageszeitungen finden sich - mit relativ wenigen Lücken - verfilmt u.a. in der Murhardschen Bibliothek der Stadt Kassel und Landesbibliothek - Bereichsbibliothek der Gesamthochschulbibliothek - am Wilhelmshöher Platz in Kassel.
- 17 Da in den Findhilfsmitteln des Hessischen Staatsarchivs Marburg, des Geheimen Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz in Berlin und des Bundesarchivs, Abteilungen Potsdam, sich Hinweise

- auf deren Berufung nicht finden lassen, kann nur offen bleiben, daß vielleicht im Bundesarchiv, Abteilung Zehlendorf (ehemals Berlin Document Center), Material dazu vorhanden ist.
- 18 Vor allem sind auch hier die Bestände 17 i und 165, aber auch 16 als Quellen heranzuziehen.
 - 19 Einschlägig sind hier vor allem GStAPK I. HA Rep. 77 Tit. 3749 Nr. 2; die Vorgänge über das Ende der Amtszeit des Oberbürgermeisters *Scheidemann* finden sich im dazugehörigen Bd. 5.
 - 20 Vor allem ist hier wichtig Best. R 15.01 Reichs- und Preußischer Minister des Innern, Kommunalabteilung Nr. 1637, der tatsächlich als Bd. 6 der die Verwaltung der Stadt Kassel betreffenden Vorgänge noch im Preußischen Ministerium angelegt und nach der Zusammenlegung des Preußischen mit dem Reichsministerium des Innern im Oktober 1934 in dessen Kommunalabteilung übernommen wurde; die politischen Umwälzungen dokumentiert er dadurch besonders anschaulich, daß er nun nicht mehr zentral aufsichtsbehördliche Maßnahmen im Zusammenhang mit den kommunalen Wahl- oder auch nur Spitzenämtern, sondern ab 1934 fast durchgängig einfache Beamtensachen beinhaltet.
 - 21 30. 4. 1995
 - 22 Stadtrat und Magistrat (und auch die Oberbürgermeister allein) bleiben hier schon aus Platzgründen ausgespart; das läßt sich u.a. auch deshalb rechtfertigen, weil die ZHG schon einen Beitrag veröffentlicht hat, der wenigstens die Oberbürgermeister bis 1963 erfaßt. Vgl. GRIMMEL, EDUARD: Die Bürgermeister der Stadt Kassel 1500-1963 unter soziologisch-genealogischem Aspekt. In: ZHG Bd. 75/76 (1964/1965), S. 225-258.
 - 23 Detaillierte Quellenangaben zu den nachfolgend mitgeteilten Fakten können hier - ebenfalls aus Platzgründen - nicht angebracht werden; sie würden noch einmal den gleichen Raum einnehmen wie die Übersichten selbst. Deshalb werden sie vollständig erst im Handbuch selbst abgedruckt.
 - 24 BA bedeutet fortan Bürgerausschuß.
 - 25 Der Zusatz ([...]) nach einem Namen bedeutet, daß die betreffende Person *später* als Mitglied einer anderen parlamentarischen Körperschaft Mitglied einer entsprechenden Fraktion war. *Dr. Bernhardt* gehörte als Mitglied der (Frankfurter) Nationalversammlung zur Casino-Partei und als Mitglied des Reichstags des Norddeutschen Bundes und des Preußischen Abgeordnetenhauses zu den Nationalliberalen.
 - 26 *Ludwig Schwarzenberg* gehörte als Mitglied der Frankfurter Nationalversammlung zunächst zur Fraktion Westendhalle und dann zur Casino-Partei.
 - 27 Konnte nicht ermittelt werden. - Auch die *Kasselsche Allgemeine Zeitung*, damals das einzige Organ, das mit einer Zeitung entfernt vergleichbar ist, brachte in der Zeit vom 29.6.1840 bis 31.7.1840 nicht einen einzigen Bericht, in dem über die Tätigkeit des Bürgerausschusses berichtet und die Vorsteher-Wahlen referiert worden wären.
 - 28 Konnte nicht ermittelt werden.
 - 29 Aus den Akten gibt es keinen Beleg dafür, daß *Dr. Wippermann* gewählt wurde; in der (allerdings möglicherweise mißverständlich formulierten) Meldung in der Zeitung *Die Hornisse* Nr. 228, 29.9.1850, S. 982, kann man u.U. einen Beweis für die Wahl sehen.
 - 30 StA Marburg Best. 16 IX 3 Nr. 49.
 - 31 StA Marburg Best. 17 i Nr. 195 III.
 - 32 Konnte nicht ermittelt werden.
 - 33 StA Marburg Best. 17 i Nr. 195 IV.
 - 34 StA Marburg Best. 17 i Nr. 195 IV.
 - 35 Wie vorige Anmerkung.
 - 36 Wie Anm. 31.
 - 37 Wie Anm. 31. - Tatsächlich läßt sich zwar die Mitteilung an die Aufsichtsbehörde in StA Marburg Best 17 i Nr. 195 IV, nicht aber eine Veröffentlichung derartigen Inhalts im (amtlichen) *Wochenblatt für die Provinz Niederhessen* bis Anfang Mai 1855 nachweisen.
 - 38 In diesem Bericht wurden die gewählten StBA-Mitglieder *Lüken* wegen „demagogischer Umtriebe“ in den 30er Jahren, *Eggena*, *Fehrenberg*, *Knappe*, *Kochendörffer*, *Nolte*, *Rittershausen* und *Seidler* wegen der Beteiligung an den Ereignissen des Jahres 1851 und *Grau*, *Küchler*, *Muhm*, *Scheel*, *Wagener* und *Zuschlag* ohne nähere Begründung als politisch unerwünschte Mitglieder des BA charakterisiert.
 - 39 StA Marburg Best. 17 i Nr. 195 IV.
 - 40 Verstorben am 12.7.1860. - Offenbar wurde in dieser Wahlperiode formell ein Nachfolger nicht mehr gewählt, sondern der Stellvertretende Vorsteher *Zuschlag* amtierte als Vorsteher, zumal ihm in der Person von *Christian Stück* ein (weiterer) Stellvertreter zur Seite stand; jedenfalls vermel-

- det die *Hessische Morgenzeitung* bis Ende des Jahres 1860 und damit über die Wahlen vom Dezember 1860 hinaus keine Neuwahl des Vorstehers. Auch im Rückblick des Vorstehers *Pfeiffer* auf die Geschichte des Bürgerausschusses - Bericht in *Casseler Allgemeine Zeitung* Nr. 109, 21.4.1898 - findet sich kein Hinweis auf die Wahl eines Nachfolgers für den Vorsteher *von Schlemmer* in der Wahlperiode 1855/56-1861.
- 41 Verlor das Amt mit seinem Ausscheiden aus dem StBA wegen der Bestätigung als 1. Prediger der Ev.-luth. Gemeinde in Kassel; *Hessische Morgenzeitung* Nr. 75, 6.2.1860.
 - 42 Lt. Rückblick in *Casseler Allgemeine Zeitung* Nr.109, 21.4.1898 gewählt „wegen Erkrankung des Vorstehers“ [*von Schlemmer*]. Ein Nachweis für die Wahl in der *Hessischen Morgenzeitung* findet sich nicht, da die entsprechenden Nummern zensiert wurden; *Hessische Morgenzeitung* Nr. 187, 11.6.1860.
 - 43 Mit § 3 des Gesetzes vom 15.5.1863, die Wiederaufhebung mehrerer Abänderungen der Gemeinde-Ordnung etc. betreffend, GS Kurhessen 1863, S. 18, wurde angeordnet, daß „die Gemeindebehörden - Gemeinde-Ausschuß und Gemeinderath - ... durch alsbald einzuleitende Wahlen zu erneuern [seien]“.
 - 44 Aus dem Amt geschieden mit dem Ausscheiden aus dem BA wegen Eintritts in den Stadtrat am ... 1866; das exakte Datum bleibt aus den zeitung zu ermitteln.
 - 45 In (einfache) Klammern gesetzte Parteizugehörigkeiten weisen aus, daß die betreffende Person in der Zeit der laufenden Wahlperiode - wenn auch möglicherweise in einem anderen Parlament - einer Partei bzw. Fraktion angehört hat; *Dr. Weigel* zählte ab 1867 zu den nationalliberalen Abgeordneten im Reichstag des Norddeutschen Bundes.
 - 46 Der Tag der Wahl und - möglicherweise - das Wahlergebnis bleiben aus den Zeitungen zu ermitteln.
 - 47 Verlor das Amt mit dem Eintritt in den Stadtrat am 7.2.1870.
 - 48 Verstorben am 18.1.1877.
 - 49 Schied aus diesem Amts mit der Wahl zum Vorsteher am 31. Januar 1877.
 - 50 Rücktritt vom Amt aus Gesundheitsrücksichten; deswegen sollte am 27.8.1883 die Wahl eines Nachfolgers im (großen) Bürgerausschuß stattfinden, dessen Sitzung jedoch wegne Fehlens vieler Mitglieder beschlußunfähig war; *Hessische Morgenzeitung* Nr. 11730, 28.8.1883.
 - 51 Das Ausscheiden *Kochendörffers* aus dem Amt konnte noch nicht ermittelt werden.
 - 52 Der Tag der Wahl *Herzogs* konnte noch nicht ermittelt werden. - Schied aus diesem Amt mit der Wahl zum Vorsteher am 6.9.1883.
 - 53 *Dr. Schier* gehörte von 1890 bis 1893 der Konservativen Fraktion des Deutschen Reichstags an.
 - 54 Die Nachwahlen im Wahlbezirk Wehlheiden wurden wegen der am 1.4.1899 wirksam werden den Eingemeindung der Gemeinde Wehlheiden in die Stadt Kassel erforderlich und beruhten auf § 7 des Eingemeindungsvertrages; sie fanden nicht in Urwahl durch die Wähler, sondern durch die Wehlheider Gemeindevertretung am 5.4.1899 statt.
 - 55 Mit der Eingemeindung Wehlheidens zum 1.4.1899 bildete diese ehemalige selbständige Gemeinde einen eigenen Wahlbezirk, der bis 31.3.1910 insgesamt sechs zusätzliche Stadtverordnete in die Stadtverordnetenversammlung wählte, je zwei in jeder der drei Klassen.
 - 56 Ein Alterspräsident amtierte offenbar wegen Ziff. VII der Anweisung zur Einführung der Städteordnung in der Provinz Hessen-Nassau vom 4.10.1897 nicht.
 - 57 Für die am 1.1.1900 beginnende Wahlperiode wurden mit *Gustav Garbe* und *August Jordan* die ersten Sozialdemokraten in die Stadtverordnetenversammlung gewählt.
 - 58 Bei Ergänzungswahlen handelt es sich um Wahlen zur Besetzung des Drittels der Sitze, die regelmäßig alle zwei Jahre frei wurden; Ergänzungswahlen legitimierten die Gewählten jeweils auf sechs Jahre. Ersatzwahlen sind Wahlen zur Besetzung von Sitzen ausgeschiedener Mitglieder für die restliche Dauer des Mandats der Ausgeschiedenen.
 - 59 Vgl. wegen der Zahl der Stadtverordneten Anm. 52.
 - 60 Verstorben am 6.1900.
 - 61 Stv. *Dr. Schier* verlor das Amt des Schriftführers mit der Wahl zum Stellv. Stadtv.-Vorsteher.
 - 62 Stv. *Rosenzweig* verlor das Amt des Stellv. Schriftführeres mit der Wahl zum Schriftführer.
 - 63 Mit „Beginn des Jahres 1903“ wurde das Ortsstatut vom 5.8.1902, betreffend die Abänderung der gesetzlichen Termine für die Stadtverordnetenwahlen, wirksam, das die Wahlen jeweils vom November in den Februar verlegte und bestimmte, daß der Tag des Amtsantritts der neuen Stadtverordneten jeweils der 1.4. des Jahres der regelmäßigen Ergänzungswahlen zur Stadtverordnetenversammlung sein sollte.

- 64 Vgl. wegen der Zahl der Stadtverordneten Anm. 52.
- 65 Vgl. zur Mitgliederzahl insgesamt Anm. 52.
- 66 Zu den 42 Stadtverordneten Alt-Kassels und den sechs Wehlheidens traten nach der Eingemeindung von Bettenhausen, Kirchditmold, Rothenditmold und Wahlershausen, die mit dem 1.4.1906 wirksam wurde, insgesamt zwölf neue Stadtverordnete hinzu, von denen je drei - und zwar je einer einer jeden der drei Klassen - in den vier eingemeindeten Vororten, die zu diesem Zweck selbständige Wahlbezirke bildeten, gewählt wurden; diese besondere Vertretung währte bis zum 31. März 1917. Die Wahlen in den eingemeindeten Vororten zogen sich bis zum 7.6.1906 hin; erst nach dem Eintritt des Stv. *Henkel* umfaßte die Stadtverordnetenversammlung tatsächlich ihre gesetzlich festgelegte Zahl von 60 Mitgliedern.
- 67 Vgl. zur Zahl der Stadtverordneten Anm. 63. - Bis 31. März 1910 betrug die Zahl der Stadtverordneten nach den Eingemeindungen 60; mit dem Ende der besonderen Vertretung Wehlheidens verringerte sie sich auf 54, vgl. dazu die nächste Wahlperiode.
- 68 Schied mit dem Eintritt in den Magistrat am 4. November 1909 aus der Stadtverordnetenversammlung und damit auch aus dem Amt des Stellvertretenden Schriftführers aus.
- 69 Ab 1. April 1910 fiel die besondere Vertretung des Wahlbezirks Wehlheidens weg; die Zahl der Stadtverordneten verringerte sich dadurch von 60 auf 54; vgl. im übrigen zu diesen Fragen Anm. 63 und 64.
- 70 Legte das Amt des Vorstehers nieder, schied aber nicht aus der Stadtverordnetenversammlung aus; Casseler Statistische Jahresberichte 1911, S. 139; das Schreiben über Amtsniederlegung an den Oberbürgermeister wurde vom Stellv. Vorsteher *Dr. Schier* in der Stadtverordnetensitzung vom 25. Januar 1912 bekanntgemacht; *Casseler Allgemeine Zeitung* Nr. 25, 26. Januar 1912. Das Datum des Rücktrittsschreibens selbst war nicht zu ermitteln, ist jedoch möglicherweise auf den 9. Januar 1912 zu fixieren, einen Tag, der in Sekundärquellen als Tag des Ausscheiden aus dem Amt des Vorstehers bezeichnet wird.
- 71 Verlor das Amt mit der Wahl zum Stadtv.-Vorsteher.
- 72 Vgl. zur Zahl der Stadtverordneten Anm. 63 und 64.
- 73 Schied aus dem Amt mit der Amtseinführung als unbesoldeter Stadtrat (Schöffe) am 4. Dezember 1913.
- 74 Vgl. zur Mitgliederzahl Anm. 63 und 64.
- 75 Die Wahlperiode endete nicht regelmäßig am 31. März 1918, sondern wurde wegen der Fortdauer des Krieges verlängert. - Auflösung der „gegenwärtigen“ Gemeindevertretungen durch die Verordnung der Preußischen Regierung über die anderweitige Regelung des Gemeindewahlrechts vom 24.1.1919; GS Preußen 1919, S. 13. Danach wurden durch die Verordnung die Gemeindevertretungen aufgelöst; die Mitglieder blieben jedoch „bis zur erfolgten Neuwahl“, die am 2. März 1919 erfolgte, „in ihren Ämtern“ (§ 7).
- 76 Mit dem Ablauf des 31. März 1917 kam die besondere Vertretung der 1906 eingemeindeten Vororte zu ihrem gesetzlich fixierten Ende. Da die Einwohnerzahl der Stadt insgesamt nun nach der Städteordnung 48 Stadtverordnete vorschrieb, fanden im Februar 1917 insgesamt sechs Ergänzungswahlen statt.
- 77 In keiner der damaligen Kasseler Tageszeitungen ist verzeichnet, wer als Alterspräsident amtierte; es ist auch in keiner Zeitung überliefert, ob bei der Wiederwahl des Büros der Stadtverordnetenversammlung am 18.4.1918 überhaupt ein Alterspräsident amtierte. Ältester Stadtverordneter in beiden Fällen war wohl Stv. *Pulvermacher*.
- 78 Verstorben am 1. September 1918.
- 79 Verlor das Amt mit seiner Wahl zum Stadtverordnetenvorsteher.
- 80 Schied mit dem Amtsantritt als Stadtrat aus der Stadtverordnetenversammlung aus und verlor dadurch das Amt.
- 81 Verlor das Amt mit seiner Wahl zum Schriftführer.
- 82 Vgl. zum Wahlergebnis: Bekanntmachung des Wahlvorstands für die Stadtverordnetenwahlen der Stadt Kassel vom 8. März 1919. U.a. in: *Kasseler Neueste Nachrichten* 11. März 1919.
- 83 Schied aus dem Amt mit dem Ausscheiden aus der Stadtverordnetenversammlung, das in der Sitzung vom 10. Mai 1920 vom Stadtverordneten-Vorsteher bekanntgegeben wurde; *Casseler Tageblatt* Nr. 210, 11. Mai 1920.
- 84 Schied aus dem Amt mit dem Ausscheiden aus der Stadtverordnetenversammlung.
- 85 Schied aus dem Amt mit der Wahl zum Stellvertretenden Stadtverordneten-Vorsteher am 10. Mai 1920; vgl. oben und Anm. 81.

- 86 Vgl. zum Wahlergebnis: Amtliche Bekanntmachung des Magistrats vom 12.5.1924. In (u.a.): *Kasseler Tageblatt*, Nr. 222, 13. Mai 1924, und *Kasseler Neueste Nachrichten* Nr. 113, 14. Mai 1924.
- 87 Schied mit der Nicht-Wiederwahl am 17. Mai 1926 aus dem Amt.
- 88 Verlor das Amt mit der Wahl des Stv. *Haupt* zu Stadtverordneten-Vorsteher.
- 89 Verlor das Amt mit der Wahl des Stv. *Geck* zum 1. Stellv. Stadtverordneten-Vorsteher.
- 90 Verlor das Amt mit der Wahl des Stv. *Gonnermann* zum 2. Stellv. Stadtverordneten-Vorsteher.
- 91 Verlor das Amt mit seinem Eintritt in den Magistrat (?); muß noch exakt aus den Tageszeitungen ermittelt werden.
- 92 Verlor das Amt mit der Wahl des Stv. *Bechmann* zum 1. Schriftführer.
- 93 Der Grund für das Ausscheiden aus dem Amt muß noch aus den Tageszeitungen ermittelt werden.
- 94 Verlor das Amt mit der Wahl des Stv. *Dr. Möhring* zum 2. Schriftführer.
- 95 Vgl. zum Wahlergebnis: Bekanntmachung des Magistrats vom 25. November 1929. In (u.a.): *Kasseler Neueste Nachrichten* 25. November 1929.
- 96 Verlor das Amt mit seinem Eintritt in den Magistrat; Einzelheiten müssen noch aus den Tageszeitungen ermittelt werden.
- 97 Schied mit seinem Tod aus der Stadtverordnetenversammlung und dem Amt.
- 98 Die gewählten sozialdemokratischen Stadtverordneten nahmen ihre Sitze nicht ein; schon zur 2. Sitzung am 26. April 1933 wurden sie nicht mehr förmlich eingeladen, aber „in Kenntnis gesetzt“ (StVV-Prot. 2. S., 26. April 1933, S. 3). Ende Juni/Anfang Juli wurden ihre Sitze eingezogen, und sie blieben unbesetzt. In der 5. Sitzung am 5. Juli 1933 bemerkte Stadtverordnetenvorsteher *Lengemann* abschließend zynisch: „... Ich möchte bei dieser Gelegenheit bemerken, daß die linke Seite des Hauses uns nun endgültig verlassen hat. Ich bin mir dessen bewußt, daß darüber nicht viele weinen werden. Der Reichsminister *Goebbels* hat ja einmal gesagt: Die Tränen, die um die S.P.D. vergossen werden, gehen in ein halbes Schnapsglas hinein. - Ich schließe die Sitzung. Heil Hitler ! [Zuruf aus der Versammlung: Heil Hitler!]“; StVV-Prot. 5. S., 5. Juli 1933, S. 15.
- 99 Die auf den Wahlvorschlag der KPD entfallenden Sitze wurden nicht zugeteilt und blieben unbesetzt.
- 100 Vgl. zum Wahlergebnis insgesamt (u.a.) *Kasseler Post* 13. März 1933.
- 101 Bürgermeister *Lahmeyer* eröffnete die erste Sitzung der neugewählten Stadtverordnetenversammlung als amtierender Oberbürgermeister nach dem erzwungenen Rücktritt von Oberbürgermeister *Dr. Stadler* am 24. März 1933; das entsprach der Gesetzeslage und den Gepflogenheiten seit der Einführung der Städteordnung. Ein Alterspräsident, wie er seit 1900 bei der Wahl des Stadtverordnetenvorstehers in aller Regel tätig wurde, amtierte diesmal nicht, vielmehr wurde die Wahl des Vorstehers vom Bürgermeister geleitet; StVV-Prot. 1. S., 30. März 1933, S. 7.
- 102 GS Preußen 1933, S. 427.
- 103 § 147 Gemeindeverfassungsgesetz. - Die letzte Stadtverordnetensitzung fand am 29. Dezember 1933, 19.00 Uhr, statt; vgl. die Hinweise darauf und auf die Tagesordnung in *Kasseler Post* Nr. 355, 27. Dezember 1933, und *Kurhessische Landeszeitung* Nr. 306, 27. Dezember 1933.
- 104 Ab 1. Januar 1934 galt das (Preußische) Gemeindeverfassungsgesetz. Wann die Gemeinderäte, die nach dem Gesetz in den Städten die Bezeichnung „Ratsherr“ trugen, berufen wurden, war tagesgenau bisher nicht zu ermitteln; aus BA Best. R 15.01 Reichs- und Preußischer Minister des Innern, Kommunalabteilung Nr. 1637 ergibt sich, daß die Berufung frühestens im Juni 1934 erfolgte. - Das Amt der Gemeinderäte endete mit der Einführung der auf Grund der Deutschen Gemeinde-Ordnung (DGO) berufenen Gemeinderäte am 3. Oktober 1935.
- 105 Mit Ortssatzung vom 20. März 1934 wurde ihre Zahl auf 22 festgesetzt; Verwaltungsbericht der Stadt Kassel über das Rechnungsjahr 1934, S. 7.
- 106 Gem. § 46 Gemeindeverfassungsgesetz vom 15. Dezember 1933.
- 107 Die Berufung der Ratsherren durch den „Beauftragten der NSDAP“ im Einvernehmen mit dem Oberbürgermeister erfolgte nach der DGO auf sechs Jahre. Vorgänge über eine Wiederberufung sind bisher dem Verfasser nicht bekannt geworden. - Die Einführung der auf Grund der DGO berufenen Ratsherren erfolgte am 3. Oktober 1935 im Großen Saal der Stadthalle; Verwaltungsbericht der Stadt Kassel über das Rechnungsjahr 1935, S. 8 und 13. Falls keine Neuberufung stattgefunden hat, sondern die alten Berufungen wegen des Krieges ausdrücklich oder stillschweigend verlängert wurden, endete die Funktion der Ratsherren jedoch spätestens mit der Besetzung Kassels durch die US-Streitkräfte am 5. März 1945.

- 108 Die Zahl der Ratsherren erhöhte sich nach der Eingemeindung von Harleshausen, Kirchditmold, Niederzwehren, Nordshausen und Oberzwehren am 1. Juni 1936 von 22 auf 27.
- 109 Gem. § 57 DGO.
- 110 Vgl. zur Sitzungspraxis und zur letzten Sitzung Anm. 10.
- 111 Der Überparteiliche Ausschuß ging aus Besprechungen hervor, die ab Ende Juni 1945 unter den wieder gebildeten Parteien SPD, KPD, „Demokraten“, Deutsche Volkspartei, Zentrum und Christlich sozialer Volksdienst (CSVD) stattfanden; sie dienten zunächst der Vorbereitung der Bildung von Verwaltungsausschüssen für die Stadtteile und wurden nach einem Sitzungsbericht von *Friedrich Quanz* über eine Sitzung am 3. Juli 1945 (nach einer am 27. Juni 1945 wegen Verhinderung der SPD-Vertreter ausgefallenen) von je zwei Sozialdemokraten und Kommunisten sowie je einem Vertreter der Demokraten, der Deutschen Volkspartei, des Zentrums und des Volksdienstes beschickt, wobei *Eduard Trabert* (Zentrum) wegen Unerreichbarkeit fehlte; an dieser Sitzung nahmen Stadtrat *Willy Wittrock* und *Rudolf Freidhof* für die SPD, *Heinrich Bischof* und *Georg Merle* für die KPD, *Dr. Erich Rocholl* für die Demokraten, *Dr. Ernst Bromm* für die DVP und *Friedrich Quanz* für den CSVD teil. - Unter dem 24. Juli 1945 ist eine erste Sitzung eines nun als *Überparteilicher Ausschuß* bezeichneten Gremiums nachgewiesen, das unter Vorsitz des SPD-Parteisekretärs *Karl Hermann* in dessen Wohnung in der Sachsenstraße tagte; an dieser Sitzung nahmen neben *Hermann* teil: *Christian Wittrock* für die SPD, *Dr. Erich Rocholl* und *Dr. ... Kressner* für die Demokraten, *Dr. Hans Stenzel* und *Eduard Trabert* für das Zentrum und *Friedrich Quanz* für den CSVD teil; die kommunistischen Vertreter fehlten. In dieser Sitzung, die *Friedrich Quanz* in seinen Aufzeichnungen als „Gründung“[sitzung] bezeichnet, forderte *Karl Hermann*, daß sich der CSVD mit einer der anderen Parteien vereinige. - Eine weitere Sitzung „wegen Zusammensetzung der Verwaltungsausschüsse“ sollte auf Einladung von Stadtrat *Willy Wittrock* am 10. August 1945 stattfinden. - Sämtliche hier vermerkten Angaben beruhen auf Einladungen und/oder Aufzeichnungen in den persönlichen Papieren von *Friedrich Quanz*.
- 112 Die Sitzung am 21.8.1945 bezeichnet der kommissarische Oberbürgermeister *Willy Seidel* in seinen persönlichen Aufzeichnungen noch als „erste inoffizielle Sitzung“, die Sitzungen danach führt er dann bei Angabe der Tagungsgegenstände einfach als „Sitzung[en] des Überparteilichen Ausschusses“ auf; StadtA Kassel Best. Nachlaß Seidel, Tagebuch 1, S. 34 und S. 35, 38, 41.
- 113 Die Protokolle in StadtA Kassel Best. A.O. Nr. 3 und 4 weisen jedenfalls gelegentlich kontroverse Abstimmungen aus, bei denen insgesamt bis zu zwölf Stimmen verzeichnet sind.
- 114 Der Tag der Wahl *Wittrocks* zum Vorsitzenden konnte nicht ermittelt werden; es liegt dafür kein Protokoll vor. Daß er Vorsitzender war, erhellt aus den für zwölf Sitzungen vorliegenden Protokollen der Zeit vom 23. Oktober 1945 bis 19. Februar 1946; vgl. StadtA Kassel Best. A.O. Nr. 3 und 4.
- 115 Wahl am 20. November 1945; Protokoll der Sitzung des Ausschusses vom 20.11.1945 in StadtA Kassel Best. A.O. Nr. 3 und 4.
- 116 Das (amtliche) Ergebnis wurde unter dem 12.6.1949 als Amtlichen Bekanntmachung Nr. 342 „nach Überprüfung der Wahlvorschläge durch die Militärregierung und nach Verzicht einzelner Personen“ veröffentlicht; *Hessische Nachrichten ...* 1946; danach wurden von den Wahlvorschlägen der SPD und der CDU - obwohl auf einem einen Sitz rechnerisch zusprechenden Platz der Listen plaziert - nicht als gewählt erklärt: *Karl Ritter* (SPD), *Friedrich Quanz*, *Dr. Wilhelm Rohrbach*, *Friedrich Liebeck* und *Heinrich Gück* (sämtlich CDU). S. dazu auch: 40 JAHRE WAHLEN ZUM STADTPARLAMENT IM SPIEGEL DER STATISTIK 1946-1986. Kasseler Statistik - Sonderausgabe (fortan: 40 Jahre). Kassel o.J. (1986), S. 7.
- 117 Nach dem Ausscheiden des Stv. *Heinrich Schneider* war der Wahlvorschlag des Deutschen Blocks (DB) erschöpft. Der Sitz blieb frei, und die Stadtverordnetenversammlung bestand fortan nur noch aus 59 Mitgliedern.
- 118 Das (amtliche) Ergebnis wurde veröffentlicht als Amtliche Bekanntmachung in *Hessische Nachrichten ...* 1948. - Vgl. auch: 40 Jahre, S. 13.
- 119 Gem. § 2 der damals gültigen Geschäftsordnung leitete die Wahl des Stadtverordnetenvorstehers „der Sprecher des Wahlvorschlages, aus dem die meisten Stadtverordneten gewählt sind“.
- 120 Verlor das Amt mit dem Ausscheiden aus der Stadtverordnetenversammlung (wegen seines alsbald bevorstehenden Eintritts in den Magistrat) am 24. Juli 1950.
- 121 Verlor das Amt mit seinem Ausscheiden aus der Stadtverordnetenversammlung am 3. Februar 1949.

- 122 Aus formalrechtlichen Gründen mußte in der 33. Sitzung unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters ein amtierendes Präsidium bestellt werden, in das Stv. *Meth* als 1. Schriftführer gewählt wurde; StVV-Prot. 33. S., 25. August 1950. S. 1.
- 123 (Amtliches) Ergebnis festgestellt durch den Wahlausschuß am 7. Mai 1952; Akten des Einwohneramtes der Stadt Kassel. - Vgl. auch: 40 Jahre, S. 19.
- 124 Die auf den Wahlvorschlägen des BHE und der PWG gewählten Stadtverordneten bildeten eine gemeinsame Fraktion unter der Bezeichnung „Stadtgemeinschaft BHE/PWG“.
- 125 40 Jahre, S. 25.
- 126 40 Jahre, S. 31.
- 127 Verstorben am 22. September 1962.
- 128 40 Jahre, S. 37.
- 129 Verlor das Amt mit seinem Ausscheiden aus der Stadtverordnetenversammlung.
- 130 40 Jahre, S. 43.
- 131 Rücktritt vom Amt des Stadtverordnetenvorstehers in der 26. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 7. Dezember 1970; StVV-Prot. 26. S., 7. Dezember 1970, S. 38. - *Gerhard Kleinschmidt* blieb zunächst noch Mitglied der Stadtverordnetenversammlung.
- 132 40 Jahre, S. 49.
- 133 40 Jahre, S. 55.
- 134 Legte das Amt in der 24. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung nieder und schied mit Ablauf des gleichen Tages aus der Stadtverordnetenversammlung aus; StVV-Prot. 24. S., 19. Februar 1979, S. 74.
- 135 Verlor das Amt mit der Wahl zum Stadtverordnetenvorsteher.
- 136 Verlor das Amt mit dem Ausscheiden aus der Stadtverordnetenversammlung.
- 137 40 Jahre, S. 61.
- 138 40 Jahre, S. 67.
- 139 Die Wahl der Stellvertretenden Stadtverordnetenvorsteher erfolgte in Listenwahl; auf die Wahlvorschläge der SPD entfielen 35, auf die der CDU 26 und die der GRÜ sechs Stimmen in geheimer Abstimmung, und vier Stimmzettel waren ungültig; darauf wurden für gewählt erklärt die Stv. *Becker* und *Kistner* (SPD) und die Stv. *Zumbrägel* und *Bäumer* (CDU); StVV-Prot. 1. S., 15. April 1985, S. 7 - 9. Auf Widerspruch der SPD-Fraktion gegen dieses vom Stadtverordnetenvorsteher bekanntgemachte Ergebnis korrigierte dieser in der 2. Sitzung am 6. Mai 1985 die Feststellung des Wahlergebnisses und erklärte Stv. *Sedlmayer* (SPD) anstelle des Stv. *Bäumer* (CDU) für gewählt; StVV-Prot. 2. S., 6. Mai 1985, S. 29 - 31.
- 140 Kasseler Statistik, Wahlsonderausgabe 1989; Kasseler Statistik Nr. 11-12/1992, S. 5.
- 141 Nach dem Ausscheiden des Stv. *Kauer* (fraktionslos, vorher REP) am ... 1994 konnte wegen Erschöpfung des Wahlvorschlags, auf dem er gewählt worden war, kein Nachfolger berufen werden.
- 142 Die Fraktion führt jetzt die Bezeichnung BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.
- 143 Kasseler Statistik, Wahlsonderausgabe 1993; Kasseler Statistik Nr. 1-5/1993, S. 28; Auskunft des Einwohneramtes der Stadt Kassel.
- 144 Ältestes Mitglied der Stadtverordnetenversammlung am Beginn der Wahlperiode war Stv. *Kauer* (damals REP), der jedoch darauf verzichtete, als Alterspräsident zu amtieren.
- 145 Die Länge der einzelnen Biographie läßt *keinen* Schluß auf die historische Bedeutung der biographierten Person zu, sondern dokumentiert den derzeitigen Forschungsstand.
- 146 *Dr. Bernhardt* war auch im Wahlkreis Fritzlar gewählt worden, nahm dort die Wahl jedoch nicht an; statt seiner wurde dort der auch zeitweise in der Kasseler Kommunalpolitik, vor allem aber in der Kurhessischen Ständeversammlung aktive Liberale *Heinrich Henkel* gewählt.
- 147 *Dr. Bernhardt* war 1840 wieder zum Mitglied des Ständigen Bürgerausschusses gewählt worden, lehnte jedoch wegen § 48 KGO die weitere Teilnahme an den Arbeiten des Bürgerausschusses, also die Annahmen der Wahl, ab.